

# BULLETIN

NUMMER 3 | September 2014



- 
- \* 4 Junge Alternative - Mehr Würschtlibrötle \*
  - \* 6 Kantonsrat - Kein Sparen für die Reichen \*
  - \* 12 Zweite Röhre - Jede Unterschrift zählt \*
  - \* 14 2000 Watt - Stadt Zug ist auf Kurs \*
  - \* 19 Wohngenossenschaft - W'Alter ist da \*
-

2

**3 Editorial**

Gegen Medien-Monopole

**4 Junge Alternative**

Mehr Würschtlibrötle

**6 Kantonsrat**

Kein Sparen für die Reichen

**8 Regierungsrat**

NoRmaLbehindert

**9 Abstimmung I**

Schluss mit Steuerprivilegien

**10 Abstimmung II**

Unheimliche Ökologen

**12 Zweite Röhre**

Jede Unterschrift zählt

**13 Delegiertenversammlung**

Die Grünen in Rotkreuz

**14 2000 Watt**

Stadt Zug ist auf Kurs

**16 Überwachungsstaat**

Noch kein Asyl für Snowden

**19 Wohngenossenschaft**

W'Alter ist da

**20 Grundeinkommen**

Für einen Systemwechsel

**23 Rohstoffe**

Drcksgeschäfte

**24 Frontal**

**25 Serviceteil**

Büchermail  
Veranstaltungen  
Adressen  
Impressum



© Diego Balli

**«Mission statement»**

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Grünes Forum Hünenberg
- Grüne Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten

- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
**«Das BULLETIN»**

# Gegen Medien-Monopole

Jolanda Spiess-Hegglin, Co-Präsidentin Alternative - die Grünen Kanton Zug | Bild Alternative - die Grünen Zug



*Ich habe es bereits vier Mal getan. Die «Neue Zuger Zeitung» abbestellt. Aus Frust. Aus Protest. Aus Überzeugung. Aus Verzweiflung. Um ein Zeichen zu setzen. Vier Mal habe ich das Abo allerdings wieder bestellt. Denn wie das überall bei einem Monopol ist: Es gibt keine Alternative.*

*Die Zentralschweiz mit ihren sechs Kantonen hat nicht mehr zu bieten als eben diese eine Tageszeitung. Theoretisch könnte es ja funktionieren. Mit genügend Distanz zu den politischen Akteuren traue ich gewissen Journalisten zu, dass sie es schaffen würden, mit einer neutralen Berichterstattung der Bevölkerung bei der Meinungsbildung zu helfen. Was gewisse Redaktoren der «Neuen Zuger Zeitung» machen, ist eine politisch motivierte Beeinflussung der Bevölkerung.*

*Es gibt eine Untersuchung des Instituts für Medienwissenschaften der Uni Bern (2011), welcher man eindrücklich entnehmen kann, wo sich die «Neue Luzerner Zeitung» in der Schweizer Medienlandschaft befindet. Sie ist angesiedelt in der Sparte «Rechtsliberal-wirtschaftspolitisch-reformerisch im Sinne der Rechts-FDP und gemässigten SVP, für Staatsabbau». Eine Spalte neben der «Weltwoche» und der «Schweizerzeit». Die politische Ausrichtung ist das eine. Die persönliche Motivation einzelner Journalisten das andere.*

*Oder ist Ihnen noch nie aufgefallen, dass in Artikeln des einen Redaktors überdurchschnittlich oft «Linker Stadtrat», «Direktion des Innern» oder «Andreas Kleeb» vorkommt? Genau das Gegenteil in Kantonsratsberichterstattungen seines Redaktionskollegen. Selten liest man da von den Alternativgrünen, auch wenn diese die Debatte dominierten. So, als würden sie nicht existieren. Das Problem ist jetzt einfach, dass die Leserschaft alle Informationen der Zeitung entnehmen muss und selten live dabei ist. Was dann zu einer verzerrten Wahrnehmung führt und die Meinungsbildung der ZugerInnen stark beeinflusst. Das ist problematisch. Wenn sich ein Redaktor nicht im Griff hat und seine politische Meinung nicht aus der Berichterstattung nehmen kann, muss er quittieren.*

*Ich gebe es hier zu: Ich habe das auch gemacht. Ich arbeitete sieben Jahre beim Regionalfernsehen und -radio. Wenn es politisch wurde, gab ich mir Mühe. Ich wollte neutral sein und es ist mir meistens gelungen. An jenem Tag, als ich über den Neonazi-Aufmarsch bei Sempach an der Gedenkfeier so neutral wie möglich berichtete, habe ich den Bogen wohl überspannt. Am darauffolgenden Tag rief mich Hans Stutz (Rechtsextremismus-Experte, Grüne Luzern) auf der Redaktion an und fragte, ob es eigentlich noch gehe. So unkritisch wie ich könne man über dieses braune Volk einfach nicht berichten. Das war dann zu viel und ich quittierte bald darauf. Ich legte die Neutralität ab und irgendwann trat ich der Partei bei.*

*Hier in Zug wird sich bei den Printmedien aber nicht so schnell etwas ändern. Wer sich alternativ informieren möchte, besucht [www.zentralplus.ch](http://www.zentralplus.ch). Die Online-Artikel über Zug und Luzern sind kreativ und tiefgründig. So war es dann auch Zentralplus, welche über die «schwerwiegenden Fehlleistungen der Zuger Zeitung» (Zitat eines Medienprofessors im Romer-PUK-Bericht) schrieb. Die «Neue Zuger Zeitung» hat die beiden Seiten (Erben der Witwe / Stadtrat) nicht gleich behandelt, also unterschiedlich oft zu Wort kommen lassen. So kann man ganz einfach die Stimmung in der Bevölkerung beeinflussen und aufheizen. Dass dann der «Fall Romer» zum «Fall Stadtrat» wurde, ist der «Neuen Zuger Zeitung» und der «Weltwoche» zu verdanken. Selbstverständlich konnte man nichts Derartiges in der Monopolzeitung lesen. Das wäre ja dann doch zu peinlich. Ich jedenfalls stehe kurz vor meiner fünften Abokündigung. Und Sie? ■*

3



# Mehr Würstlibröteln

Jonas Feldmann, Co-Präsident Junge Alternative Zug | Bilder Junge Alternative

**4** Unter dem Motto «Das Zuger Seeufer gehört uns allen!» trafen sich an einem Samstagabend im September ungefähr zwanzig Jugendliche am Zuger Seeufer zum öffentlichen Protestgrillieren gegen fragwürdige Aussagen des Zuger Baudirektors. Der Anlass war ein voller Erfolg.

Das Zuger Seeufer sei «kein Rummelplatz, wo man sich bewegen kann, wie es einem so passt, bis hin zu grillieren und Würstli bröteln», meinte der Zuger SVP-Baudirektor Heinz Tännler diesen Sommer in der Sendung «Schweiz aktuell». Eine Aussage, die nicht nur unter uns jungen Zugerinnen und Zugern für Empörung sorgte. Zwar ist die Zuger Gesetzgebung mit ihrem kleinlichen Ordnungsbussenreglement und der generellen Überpräsenz von Polizei und privaten Sicherheitspatrouillen bereits heute darauf aus, jegliche Alternativ- und Jugendkultur möglichst weit weg von der noblen Zuger Flaniermeile und der leider 360 Abende im Jahr toten Zuger Altstadt zu verlagern. So deutlich wie Tännler hat es aber wohl bisher noch keiner gesagt: Jugendliche sind am Zuger Seeufer nicht erwünscht.

**Das Zuger Seeufer gehört uns allen!** Nur hat der Baudirektor offenbar nicht damit gerechnet, dass es in Zug noch immer viele Jugendliche gibt, die sich noch nicht haben unterkriegen und vertreiben lassen. Für uns junge Alternative jedenfalls war schnell klar, dass wir eine solche Aussage nicht unkommentiert hinnehmen würden. Das Zuger Seeufer gehört uns allen, finden wir, und an unserem Seeufer soll jede und jeder sich frei bewegen und Würstli bröteln dürfen. Bald hatten wir auch schon eine Idee, wie wir gegen diese blöde Aussage protestieren könnten: Wir würden an einem Samstagabend im September ein öffentliches Würstlibröteln an zentraler Lage am Zugersee organisieren. Wenn wir als Veranstalter nur den Grill zur Verfügung stellten, also

keine Esswaren oder Getränke verkaufen oder verteilen würden, könnte uns ja niemand etwas vorhalten. Schliesslich sei es ja (noch) nicht verboten, am Zuger Seeufer zu grillieren. Dachten wir.

Zwar war der Herr, bei dem ich alsbald vorzusprechen hatte, sehr freundlich und hilfsbereit – und das trotz unserer notgedrungenen Kurzfristigkeit. Trotzdem war ich geschockt vom notwendigen Prozedere. Dass man für eine kommerzielle Grossveranstaltung wie das Zuger Seefest oder die Jazz Night, meinerwegen auch für das Aufstellen eines einzelnen Verkaufsstandes, eine Bewilligung braucht, finde ich ja absolut logisch. Dass es für die Nutzung des



Seeufer als «Rummeplatz» für bewegte DemonstrantInnen.

## Nur mit Bewilligung

Als ich jedoch am Vortag des abgemachten Termins, gerade aus meinen wohlverdienten Sommerferien in Montenegro zurückgekehrt, mein Mobiltelefon anschaltete und zum ersten Mal seit einigen Tagen meine Nachrichten und Mails durchlas, musste ich zu meinem Erstaunen lesen, dass unser Anlass offenbar bewilligungspflichtig sei und ich mich noch an diesem Nachmittag bei der Zuger Polizei, welche offenbar Wind von unserer geplanten Veranstaltung bekommen hatte, melden sollte.

öffentlichen Raums gewisse Spielregeln gibt, zum Beispiel betreffend Sicherheit und Umweltschutz, ebenfalls. Dass man aber eine schriftliche Bewilligung braucht, um am Zuger Seeufer einen kleinen und notabene nicht privaten, sondern allen Menschen offenen Holzkohlegrill aufzustellen, eine zusätzliche, wenn man noch ein Transparent (ohne Parteinamen, Logo oder sonstige Werbung) aufhängen möchte und eine Sonderbewilligung für die Musik, die wir während des Anlasses in selbstverständlich angemessener Lautstärke

hörten, fand und finde ich übertrieben. Wenigstens bekamen wir schliesslich unsere Bewilligung, aber auch nur, weil unser Anlass, welcher übrigens von 18.00 bis 21.00 Uhr dauerte und damit weder die Nachtruhe noch andere Veranstaltungen konkurrenzierte, einen politischen Hintergrund hatte. Eine private Veranstaltung mit demselben Programm wäre auf keinen Fall bewilligt worden, wie der Herr Beamte mir mehrmals zu verstehen gab. Was übrigens passiert wäre, hätten wir unsere Würste ohne Bewilligung grilliert, wollte mir trotz mehrmaligem Nachfragen meinerseits niemand verraten. Es wäre wohl teuer geworden.

### Gemütlich, friedlich, sauber

Mit der schriftlichen Bewilligung in der Hosentasche fanden wir uns dann am abgemachten Abend, pünktlich um 18.00 Uhr, am Zuger Seeufer unterhalb der Rössliwiese ein und entzündeten die Holzscheite in unserem mitgebrachten Grill. Unerwarteterweise spielte sogar das Wetter mit und bald genossen wir, es waren knapp zwanzig Jugendliche gekommen, unsere selbst mitgebrachten Grillspezialitäten, den herrlichen Sonnenuntergang über dem Zugersee und die absolut friedliche und gemütliche Stimmung. Auch die Aufmerksamkeit der Passantinnen und Passanten war uns gewiss. Zahlreiche Spaziergängerinnen und Spaziergänger kamen offen auf uns zu, sprachen uns auf unser Transparent und die darauf geschriebene Forderung an und ihre Rückmeldungen waren durchwegs positiv. Und als wir gegen 21.00 Uhr das Feuer löschten, unsere Sachen zusammenräumten, den Abfall entsorgten (Glasflaschen und Aludosen wurden selbstverständlich fachgerecht entsorgt) und uns auf den Weg nach Rotkreuz machten, wo wir im Jugendclub Red-X noch eine Afterparty organisiert hatten, waren wir alle satt und zufrieden.



«Würstlibröötle und sönigi Sache» – für einmal mit Bewilligung.

### Würstlibröteln verbindet

Ein Feuer, ein Grillrost, etwas Musik – es braucht nicht viel, um einen lauschigen Platz am Zuger Seeufer zu einem Ort der Begegnung, zu einem belebten Treffpunkt für alle zu machen. Würstlibröteln verbindet Generationen. Würstlibröteln ist international und unabhängig von Sprache und Nationalität. Beim gemeinsamen Würstlibröteln knüpft man Kontakte. Ich jedenfalls habe an diesem Abend mit mehreren interessanten Zugerinnen und Zugern geredet, die ich vorher noch nicht gekannt hatte. Wieso soll ausgerechnet diese einfache, soziale und altbewährte Freizeitbeschäftigung am Zuger Seeufer nicht geduldet sein? Ich jedenfalls wünsche mir für Zug mehr Begegnung, mehr Gespräche, mehr Leben, mehr Durchmischung, mehr Feuer – mehr Würstlibröteln. Ich wünsche mir eine grosse, öffentliche Grillstelle möglichst direkt unterhalb der Rössliwiese. Als zentral gelegener und weithin sichtbarer Treffpunkt für Jung und Alt, für heimische und neu zugezogene, für Familien, Vereine, Jugendliche, Pensionierte, Paare und Singles. Zug hat das schönste Seeufer der Schweiz – machen wir etwas daraus! ■

# Kein Sparen für die Reichen

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen, Zug | Bilder BULLETIN

**6 Davor warnten die Alternativen – die Grünen seit Jahren: Der Kanton Zug ist in ein strukturelles Defizit gerutscht. Wegen des Steuerdumpings schwinden die Einkünfte – jährlich kommt es zu Defiziten von 70 bis 100 Millionen. Zahlen soll die Bevölkerung. Denn die Regierung leitet ein 100-Millionen-Sparpaket ein. Wir kämpfen dagegen an.**

Der Kanton Zug wächst ungebrems – gewollt durch die bürgerliche Standortpolitik. Das führt zu mehr Firmen, mehr Menschen, mehr Aufgaben. Um das zu bewältigen, braucht Zug Geld – sprich ausreichende Steuereinnahmen und eine vernünftige Ausgabenpolitik. Sonst können langfristig wichtige Dienstleistungen der Verwaltung – von Baugesuchen über Prämienverbilligungen der Krankenkassen bis hin zu Sicherheitsaufgaben – nicht mehr in guter Qualität aufrechterhalten werden. Ohne starke Standortfaktoren wie Bildung, Infrastruktur, Gesundheit, Familienförderung verliert Zug an Lebensqualität. Zudem braucht es Spielraum, um die sattsam bekannten negativen Folgen des Wachstums für Bevölkerung und Umwelt zu mildern. Es ist irreführend, wenn bürgerliche Regierungsräte vor den Wahlen von Lebensqualität und Sicherung von Lebensgrundlagen schwadronieren, um dann in der Realpolitik die Weichen auf Sparpakete, Steuersenkungen, Zersiedelung und Verkehrswachstum zu stellen.

**Rote Zahlen wegen Steuerdumping**  
Hätte der Kanton nicht buchhalterisch getrickst, wäre 2013 nicht ein Defizit von rund 20, sondern von über 100 Millionen angefallen. Trotz steigender Bevölkerungszahl mit Zugang hoch Qualifizierter und gut Verdienender und tiefer Arbeitslosenquote, liegt der Fiskalertrag 2013 bei natürlichen Personen über 50 Millionen unter Budget. Alle Firmen zusammen liefern dem Kanton direkt gerade mal 190 Millionen Gewinnsteuern und 22 Millionen Kapitalsteuern ab. Finanzvermögen und Ei-



Man kann es drehen ...

genkapital des Kantons haben also empfindlich abgenommen. Zugs Finanzplan sieht bis 2017 Defizite von 70 bis 96 Millionen vor. Der Kanton Zug muss also klug umgehen mit seinen Mitteln. Darum plädiert die Alternativ-Grüne Fraktion einerseits für eine nachhaltige Ausgabenpolitik sowie für Steuervernunft.

### **Ausgaben: Diffuse Wendehalspolitik**

Am 10. April diskutierte der Kantonsrat über die grotesk teuren Pläne zum Infrastrukturausbau. Die Regierung will bis 2030 für 1500 Millionen Franken Strassen, für 665 Millionen Franken Hochbauten bauen – beim öffentlichen Verkehr bescheidet er sich auf 39 Millionen. Stawiko-Präsident Kupper, CVP, das personifizierte finanzielle Gewissen des Kantons, verlangte in einer Motion zu Recht Mässigung bei den Infrastrukturausgaben, denn Zug muss sich sonst dafür um 600 Millionen verschulden! Andi Lustenberger stellt im Rahmen des Strassenbauprogramms Kürzungsanträge und verlangte bei der 2. Lesung im August,

der Baudirektor solle es nach Bekanntgabe des Sparpakets überarbeiten. Kantonsrat und Regierung lehnten lautstark ab. Doch im September verkündete Baudirektor Tännler in einer öffentlichen Veranstaltung zur Lorzentobel-Strassensanierung, dass man einige Ausgaben doch verschieben wolle. Ebenso lief es mit den 500 Millionen fürs Verwaltungszentrum an der Aa. Nur die Alternativen – die Grünen waren dagegen, dann krebste Tännler per Medienmitteilung ohne Rücksprache mit dem Kantonsrat zurück und wollte nur noch 200 Millionen ausgeben, jetzt ist gar vom Einstellen des Projekts die Rede.

### **Steuervernunft**

Vier Steuergesetzrevisionen seit 2007 führten zu tieferen Steuereinnahmen von über 200 Millionen Franken jährlich für Kanton und Gemeinden. Mindestens die letzte Revision war eine zu viel. Nicht nur für den Kanton – gerade auch für die Gemeinden. Das wollte Finanzdirektor Hegglin an der Rechnungssitzung im Kantonsrat nicht zugeben – «alles im grünen Bereich» hiess es – wir hätten eine gute Bilanz, und auch für die Finanzierung der Infrastrukturprojekte sei genügend Geld vorhanden.

Dann der Hammer im Juli – ohne jegliche Vorwarnung kündigen Hegglin und Tännler ein 100-Millionen-Sparpaket an. Die Zugerinnen und Zuger sollen mit höheren Gebühren sowie schlechteren Leistungen bei Bildung, Familien, Kultur, Betreuung für Schwächere etc. die überrasenden Steuergeschenke an Privilegierte zahlen. Gleichzeitig hält Hegglin stur an seiner fixen Idee im Rahmen der Unternehmensteuerreform 3 (U3), die Gewinnsteuern für Firmen von heute 14,7 auf 12 Prozent zu senken, fest. Das ist ebenso unseriös wie ungerecht.

Auch die Stadt Zug schreibt seit Jahren rote Zahlen, schnürt Sparpakete für Familien, Bildung und Kultur –

nur um für die Reichsten und gewinnstarke Firmen Tiefststeuern zu halten. Die vom Kantonsrat beschlossenen Steuersenkungen kosten die Stadt über 25 Millionen jährlich, selber hat der bürgerliche Grosse Gemeinderat in den letzten Jahren



... und wenden, wie man es will: Die Zugerinnen und Zuger werden mit höheren Gebühren sowie schlechteren Leistungen bei Bildung, Familien, Kultur, Betreuung für Schwächere etc. die Sparpakete zu spüren bekommen.

nochmals um über 25 Millionen die Steuern gesenkt. In der Stadt Zug beginnen selbst Bürgerliche zu ahnen, es kann nicht immer so weitergehen mit Steuersenkungen – sonst gefährden wir Finanzhaushalte. Noch klammern sie sich an die vom Kantonsrat beschlossene Mini-Entlastung beim ZFA (Zuger Finanzausgleich zwischen den Gemeinden) um 8 Millionen – aber das ist zu wenig.

### **Bürgerliche geben uns recht**

Fast schon sensationell waren im Juni im Kantonsrat die Voten von Gregor Kupper und Vreni Wicki (CVP). Beide wiesen darauf hin, dass die Stadt wohl seine Steuern zu tief gesenkt habe. Kupper warf ein, Steuererhöhungen von 2–3 Prozent zumindest zu erwägen. Genau das schlug der linke Stadtrat 2011 in weiser Voraussicht – befristet – vor. Die Bürgerlichen lehnten ab.

Nun – ich erwarte von den Bürgerlichen ein klares Bekenntnis zu einer massvolleren Infrastrukturpolitik bei Strassen und Bauten und zu einer neuen Steuervernuft. Der Finanzdirektor muss das Sparpaket begraben und auf Steuersenkungen verzichten – und im Gegenteil eine Erhöhung im Rahmen der U3 für Holdings, gemischte Gesellschaften und Domizilfirmen umsetzen.

Und Zug darf nicht weiter Steurdumping betreiben, so die NFA-Rechnung erhöhen und anderen Kantonen auch noch Gelder entziehen und gleichzeitig riskieren, dass Zug sein Wachstum und die für den Standort wichtigen Dienstleistungen und Infrastrukturen nicht mehr finanzieren kann.

Auch muss Zug endlich die negativen Folgen des Wachstums für Bevölkerung und Umwelt mildern. Oder noch besser: das Wachstum dämpfen.

### **Mit Sparpaket kein Stadttunnel**

Gleichzeitig ist zu überdenken, welche der teuren Strassen- und Hochbauprojekte Zug sich leisten will und muss. Für mich ist klar – bleibt das Sparpaket, heisst dies, der Kanton hat kein Geld für den Stadttunnel. Ausser, ja ausser: Dieser wird voll über den Strassenbaufonds und über eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert. Dabei darf der Beitrag der Stadt die 60 Millionen, wie ursprünglich von der Regierung beantragt, nicht übersteigen. ■

### **Wasser predigen, Schnaps trinken**

Die Bürgerlichen lehnten es ab, die Sitzungsgelder der Regierungsräte dem Kanton gutzuschreiben. Obwohl ein Regierungsmitglied in Zug 21'500 Franken im Monat verdient, plus 1165 Franken Spesen. Dies für Aufgaben, die zu ihrem Amt gehören. So kassiert ausgerechnet Finanzdirektor Hegglin als Pensionskassenvorstand jährlich 15'000 Franken und kürzt gleichzeitig die Renten der Versicherten.

Von ebenso grosser Symbolik: Das Büro des Kantonsrats beschloss auf Antrag des SVP-Kantonsrats Brandenburg, dass die Ratsmitglieder an den Mittagessen der KR-Sitzungen gratis Schnaps trinken dürfen. Kantonsratsmitglieder sollten auch am Nachmittag nüchtern Entscheide treffen und vor allem nicht auf Kosten der Steuerzahler trinken.

### **Bürgerliche erhöhen NFA-Kosten**

Seit 10 Jahren tut die bürgerliche Politik so, als würde die Höhe der NFA nur in Bern festgelegt und nicht in Zug. Sie wissen genau, die NFA-Kosten errechnen sich über das kantonale Ressourcenpotenzial – je mehr Reiche und gewinnstarke AGs, die unsere Steuer- und Wirtschaftspolitik hierherlockt, desto mehr zahlt Zug. Und sie wissen, dass diese angelockten Verursacher der hohen NFA-Rechnung wegen des bürgerlichen Steurdumpings im Verhältnis zu ihrem Leistungsvermögen immer weniger Steuern zahlen. Sie zeigen mit dem Finger auf Bern, um von ihrer fehlgeleiteten Politik abzulenken.



# NoRmaLbehindert

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin | Bilder Alternative – die Grünen und  
 Lukas Meyer

8 Die Aktionstage «NoRmaLbehindert» haben mit verschiedensten Anlässen die Zuger Bevölkerung sensibilisiert und zum Denken angeregt. Was heisst behindert? Was heisst normal? Ich bin stolz auf alle involvierten Organisationen und die vielen engagierten Menschen im Kanton Zug. Herzlichen Dank, dass wir diese Aktionstage erleben durften!



Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Alternative – die Grünen.

Was heisst «ein besseres oder normales Leben führen» für Menschen mit einer Beeinträchtigung? Natürlich nichts anderes als für alle andern auch! Also in erster Linie so zu leben, wie man es sich selber am liebsten vorstellt. So zu leben, dass man sich wohl fühlt, dass man seinen Platz in der Gesellschaft hat und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Dieses Ziel wurde uns während der Aktionstage «NoRmaLbehindert» auf eindrücklichste Art und Weise vor Augen geführt:

- In der Chicago Bar in Zug, die einem geistig behinderten jungen Herrn den nötigen Raum liess, damit er seine Fähigkeiten als DJ ausleben konnte.
- Mit sieben etablierten Künstlerinnen und Künstlern, die bereit waren, mit Künstlerinnen und Künstlern mit einer Behinderung

gemeinsam zu arbeiten und die Resultate im reformierten Kirchgemeindehaus in Zug auszustellen.

- Durch ein anderes Kinoerlebnis: Blinde gehen auch gerne ins Kino. Filme kann man auch hören und nicht nur schauen.
- Mit Poetry Slam von einer behinderten jungen Frau, die aufgrund ihrer Kleinwüchsigkeit immer wieder diskriminiert wird.
- Dank einem Podiumsgespräch: Was heisst «normal», was heisst «behindert»? Nicht jede Behinderung sieht man einer Person an. Wie meistern Menschen mit einer körperlichen oder psychischen Behinderung ihren Alltag und was erleben sie dabei?
- Durch die Schaufenstertheater, welche wir dank Remo Hegglin jederzeit auf <https://www.facebook.com/normalbehindert> anschauen können.
- Dank einem Gottesdienst, der die Aktionstage in einer berührenden Art und Weise abrundete.

## Barrieren und Hindernisse beseitigen

In den letzten Jahrzehnten hat sich vieles bewegt. Ich bin zuversichtlich, dass wir dem Ziel näherkommen, dass eines Tages auch Menschen mit Behinderung ein möglichst selbstständiges Leben als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft führen können. Diesen Frühling ist auch die Schweiz der UNO-Behindertenrechtskonvention beigetreten. Wir alle sind damit aufgefordert, Barrieren und Hindernisse für Menschen mit Behinderung zu beseitigen oder noch besser gar nicht erst zu erstellen. Diese Aktionstage «NoRmaLbe-



Botschafterinnen von «NoRmaLbehindert» an der Vernissage.

hindert» haben an einem Punkt angesetzt, an dem noch viel Handlungsbedarf besteht: die Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

**Was ist normal – was ist behindert?**  
 Der Begriff «NoRmaLbehindert» lädt zu einem Wortspiel ein: Normal Behindert, nicht normal behindert? Normal – nicht normal? Behindert – nicht behindert? No Mal Behindert? Behindert normal? Was ist normal – was ist behindert? Es sind nicht nur Wortspiele, der Titel regt uns auch zum Denken an. Die Direktion des Innern hat die Aktionstage gerne mit einem Beitrag aus dem Lotteriefonds unterstützt. Als Regierungsrätin hoffe ich, dass wir immer wieder wachgerüttelt werden und uns hier in Zug auf eine gute Art und Weise mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinandersetzen. ■



# Schluss mit Steuerprivilegien

Patrick Oppliger, Junge Alternative Zug | Bild Ruedi Widmer

**Am 30. November 2014 stimmen wir unter anderem über die eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» ab, welche eine landesweite Abschaffung der Pauschalbesteuerung fordert. Ich empfehle Ihnen, diese Initiative anzunehmen.**

In der Schweiz wohnhafte Millionärinnen und Millionäre, welche im Ausland erwerbstätig sind, profitieren bis heute in fast allen Kantonen von der Pauschalbesteuerung. Die Pauschalsteuer richtet sich nicht nach dem Einkommen oder Vermögen, sondern nach den mutmasslich geschätzten Lebenshaltungskosten. Seit der Bundesrevision von 2012 gilt hierfür der siebenfache Mietwert ihrer Wohnung respektive der dreifache Pensionspreis und bedingt zusätzlich ein Mindesteinkommen von jährlich 400'000 Franken. Auf kantonaler Ebene wird mindestens das Zehnfache des oben definierten Pauschaleinkommens als Vermögen versteuert. Ikea-Gründer Ingvar Kamprad dient als sehr gutes Beispiel, um dieses komplexe Zahlengewirr besser verstehen zu können: Herr Kamprad besass vor seinem Wegzug im Jahr 2013 (zurück in seine Heimat Schweden) ein Vermögen von über 30 Milliarden Franken und musste jährlich nur 200'000 Schweizer Franken (Quelle: NZZ vom 6.5.2014) Steuern bezahlen, also 0,000667 Prozent seines Vermögens. Ich wünschte, meine Steuern fielen prozentual so gering aus ... Im Durchschnitt gab 2010 ein Pauschalbesteuertes rund 123'000 Franken an Bund, Kanton und Gemeinde ab.

## Fieses Steuersystem

Mit der Pauschalbesteuerung will die Schweiz ihre Attraktivität für ausländische Millionäre wahren, doch kann sich die Schweiz auch in Anbetracht der Lebensqualität, Stabilität sowie einer guten Infrastruktur wettbewerbsstark zeigen. Oft sind die Steuertouristen Zuzüger aus wirtschaftlich angeschlagenen Ländern, in welchen die Reichen stärker zur Kasse

gebeten werden. Indirekt ist unser aktuelles Steuersystem somit kontraproduktiv für die Herkunftsländer der jeweiligen Millionäre. Wir schaden auf diese Weise unserem hochgelobten neutralen Ansehen. Die wohlhabende Schweiz hat dieses fiese Steuersystem nicht nötig.



## In fünf Kantonen abgeschafft

Dass es auch ohne Pauschalbesteuerung geht, beweisen bereits fünf Kantone. Zürich wandte sich 2009 als erster Kanton von dieser ungerechten Steuerpolitik ab. 2008 zahlten dort 201 Pauschalbesteuerte 25,8 Millionen Franken Steuern. Nach der Abschaffung der hinfälligen Steuerpraktik verliessen 92 ausländische Millionäre den Kanton Zürich, 66 davon zogen in andere Kantone. Trotz dieses Wegzugs wurden 2010 total 27,4 Millionen Franken von der übriggebliebenen Mehrheit – an dieser Stelle ein «Hutab» an diese Personen – an Steuern einbezahlt, was einem Plus von 1,6 Millionen Franken entspricht. Sehr ähnlich sieht die neue Situation in Baselland,

Baselstadt, Appenzell Innerrhoden sowie Schaffhausen aus. Ohne Pauschalbesteuerung konnte auch dort eine positive Bilanz gezogen werden. Die Furcht vor Steuerausfällen seitens der Pauschalsteuer-Befürworter erweist sich somit als unbegründet.

## Gleichstellung aller Kantone

Mit der schweizweiten Abschaffung der Pauschalbesteuerung wird auch die ungleiche Behandlung der einzelnen Kantone aufgehoben und der landesweite Steuertourismus wird ab-

nehmen. Wegzüge ins Ausland wird es wohl geben, doch wäre es falsch, diese nur negativ zu betrachten. Die Schweiz profitiert indirekt von höheren Steuereinnahmen der EU. Dies kann wiederum zu einer Aufwertung deren Wirtschaft führen, was uns Schweizerinnen und Schweizer zugutekäme.

## Ja!

Die zusätzliche Bereicherung der Reichen über die Pauschalbesteuerung muss gestoppt werden. Die Initiative «Schluss mit Steuerprivilegien für Multimillionäre» schafft diese Privilegierung ausländischer Millionäre ab, schiebt dem Steuertourismus einen Riegel und fördert die Steuergerechtigkeit. Ich empfehle Ihnen, diese Initiative anzunehmen! ■

# Unheimliche Ökologen

Balthasar Glättli, Nationalrat und Fraktionspräsident Grüne Schweiz | Bild Alternative – die Grünen

10

**Sind es einfach Fremdenfeinde, die versuchen, die ökologische Bewegung von rechts zu unterwandern? Oder gibt es in der ökologischen Bewegung selbst Tendenzen, Haltungen, wiederkehrende Begründungsmuster, welche eine Politik gegen den Menschen in den Vordergrund stellen? Diesen Fragen geht das Buch «Die unheimlichen Ökologen» nach – hier liefert Co-Autor Balthasar Glättli darauf basierend einige Anregungen für ein solidarisch-ökologisches NEIN zu Ecopop.**

«Die Schattenseite des Überflusses ist der überflüssige Mensch.» In diesem einfachen Satz kondensiert der Essay «Der überflüssige Mensch» die Kritik des Schriftstellers Ilja Trojanows an der Bevölkerungspolitik. Doch wer, welche Geschichte, welche Denkweise steckt hinter der Bevölkerungspolitik? Die von Paul Ehrlich, dem Biologen und Autor der Kampfschrift «Die Bevölkerungsbombe», 1968 gegründete Organisation Zero Population Growth kämpft noch heute – seit 2002 unter dem neuen Namen Population Connection – gegen die «Bevölkerungsexplosion». Wie damals weiterhin unter dem Schlagwort des Umweltschutzes – und neuerdings auch im Namen der Frauenemanzipation. Die bevölkerungspolitischen Argumente von Population Connection aber kleiden sich in allererster Linie wissenschaftlich und damit scheinbar neutral, gleich wie jene der Vertreterinnen und Vertreter der Schweizer Vereinigung Umwelt und Bevölkerung (Ecopop).

**Verführerisches Funkeln der Formeln**  
Der heilige Gral der Ecopop-Mitglieder ist Paul Ehrlichs magische Formel  $I = P \times A \times T$ . Kaum eine Publikation von Ecopop, die nicht mindestens einmal die heilige Dreieinigkeit Bevölkerung ( $P$ =Population), Wohlstand ( $A$ =Affluence) und Technologie ( $T$ ) beschwört, welche im Produkt den Einfluss ( $I$ =Impact) der Menschen auf die Umwelt beschreibe. Kaum eine Podiumsdiskussion und kein Gespräch mit Sympathisanten der Ecopop-Initiative, bei der die For-

mel nicht erwähnt wird. Und tatsächlich ist die Formel nicht falsch! Doch noch viel weniger ist sie eine sinnvolle Analyse der Wirklichkeit, welche uns darin leiten könnte, als Gesellschaft die richtigen Schlüsse zu ziehen.

## Ideologische Blindheit

Warum nicht? Die ideologische Blindheit der Ecopop-Apologeten lässt sich selbst auf der Formelebene aufdecken, wie Marcel Hänggi dies in einem Gastbeitrag im Buch «Die unheimlichen Ökologen» nachvollziehbar ausführt. Ein simples Beispiel: Die Mobilität. Tatsächlich hat Mobilität etwas mit Energieverbrauch zu tun, und Energieverbrauch etwas mit Umweltbelastung. Und tatsächlich ist die gesamte Umweltbelastung mathematisch das Produkt der Anzahl Menschen, welche mobil sind, der durchschnittlich zurückgelegten Anzahl Kilometer und der durchschnittlichen Technik, die zur Fortbewegung genutzt wird. Bloss sagt das ebenso viel oder wenig, wie wenn wir die Frage nach dem Wohlstand auf der Welt durch die Angabe des globalen Durchschnittsvermögens beantworten würden. Denn die zentrale Information, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung über 40 Prozent und die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen weniger als 1 Prozent des bekannten Weltvermögens besitzen (Shaxson/Christensen/Mathiason 2012 argumentieren gar, dass diese Zahlen noch lange nicht die tatsächliche Ungleichheit darstellen, weil gerade die grössten Vermögen in Steuerschlupflöchern

versteckt sind), verschwindet in der Durchschnittsangabe völlig.

## Grosse Diskrepanzen

Jene wenigen tausend globalen Business-Jetsetter, welche im Wochenrhythmus um die Welt fliegen, lassen die Abermillionen Autopendler in den Industriestaaten im Vergleich schon mächtig grün erscheinen. Und die Milliarden von Menschen, welche sich bloss barfuss, in Sandalen oder allenfalls mit einem Velo fortbewegen, haben trotz ihrer riesigen Zahl schlicht einen verschwindenden Einfluss auf den Gesamtimpact der weltweiten Mobilität auf die Umwelt. Grosse Diskrepanzen zeigen sich auch innerhalb eines Landes: StadtbewohnerInnen mit vielen autofreien Haushalten haben ein anderes Mobilitätsverhalten als AutopendlerInnen. Das gleiche Bild zeigt sich auch beim Energieverbrauch: Die Stadt New York alleine verbraucht Tag für Tag so viel Elektrizität wie die ganze Bevölkerung des subsaharischen Afrika ohne Südafrika. Das zeigt: Wer Gleichheit resp. Ungleichheit ausblendet, kann auch die Umweltprobleme nicht angemessen beschreiben und lösen.

## Kulturalismus mit ökologischer Begründung

Erschreckend ist, wenn ökologische Denkfiguren sich mit der Theorie der neuen Rechten treffen. Deren Vordenker Alain de Benoist verabschiedet sich bekanntlich von einem Überlebensrassismus. Er glaubt vielmehr an zueinander gehörige lokale Systeme, deren feste und gute Ordnung von aussen bedroht wird. In diesem Denken sind dann Volk und Rasse respektive Kultur natürlicherweise örtlich an ein bestimmtes Land, eine bestimmte Landschaft und Heimat gebunden. Das kulturalistische oder abgrenzend-nationalistische Verhalten wird dann zum «natürlichen» Verhalten erklärt. Wie ein Löwe sein Territorium schützt, so tut dies gemäss



An der Delegiertenversammlung in Rotkreuz sprachen sich die Delegierten der Grünen Schweiz mit 106 zu 2 Stimmen deutlich gegen die Ecopop-Initiative aus.

diesem Denken auch der Mensch. Entsprechend eng ist denn auch der Denkhorizont der Ecopop-Initiative. Eine strenge Einwanderungslimitierung in die Schweiz soll die Umwelt schützen ... Als ob sich das Klima darum kümmern würde, ob ein Deutscher seinen Audi in Konstanz oder in Kreuzlingen spazieren fährt!

#### Wo winkt die Befreiung?

Unser Denken aus den Irrwegen der Bevölkerungspolitik befreien können wir, indem wir den Begriff der «Bevölkerung» selbst kritisch hinterfragen. Er lenkt den Blick auf die Anzahl der Menschen innerhalb bestimmter geografischer Grenzen und blendet die Unterschiede zwischen ihnen aus. Und er konstruiert gleichzeitig einen angeblich naturgegebenen Unterschied zwischen dem eigenen Volk und den «Fremden». Die Befreiung von Mensch und Natur aus ihrer konkreten Ausbeutung dagegen ist eine immense politische Herausforderung.

Eines jedenfalls scheint klar: Sie kann nur zusammen gelingen. Die Widersprüche der Überakkumulation und die Perspektivlosigkeit eines eindimensionalen Wirtschaftswachstums können technische Lösungen nicht aufheben. Heute produziert der konsumistisch zugespitzte Kapitalismus nicht nur den Überfluss an Gütern und Abfall, der die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, sondern macht ebenso all jene Menschen, die keine wesentliche Rolle als ökonomisch verwertbare Produktivkräfte und KonsumentInnen einnehmen, zu «Überflüssigen».

#### Unmenschlich und irreführend

Genauso unmenschlich und irreführend wie Malthus' Projekt, die Armut durch die Elimination der Armen zu bekämpfen, ist der Weg der bevölkerungspolitisch motivierten Ökologen, das Elend des Überflusses durch die Elimination der «Überflüssigen» zu besiegen. Gefragt wäre vielmehr

eine Suffizienzperspektive, die den Überfluss von Produktion und Konsum und die wachsende Ungleichheit hinterfragt und eine Politik anstrebt, welche den Menschen die Produktivitätsfortschritte nicht in Form günstigerer Preise und höherer Löhne, sondern in Form von mehr freier Zeit zurückgibt – die man für sich selbst, aber auch für die Gemeinschaft einsetzen kann. Nicht zuletzt auch für mehr Musse. Denn unsere Welt geht heute nicht am Genuss und an der Faulheit, sondern an der «Tüchtigkeit» zugrunde.

#### Nein!

Die Eidgenössische Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» will das zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum in der Schweiz auf maximal 0,2 Prozent pro Jahr beschränken. Sagen Sie NEIN zu dieser schädlichen und fremdenfeindlichen Initiative! ■



# Jede Unterschrift zählt

Harriet Kluge, Alpen-Initiative | Bilder Alpen-Initiative

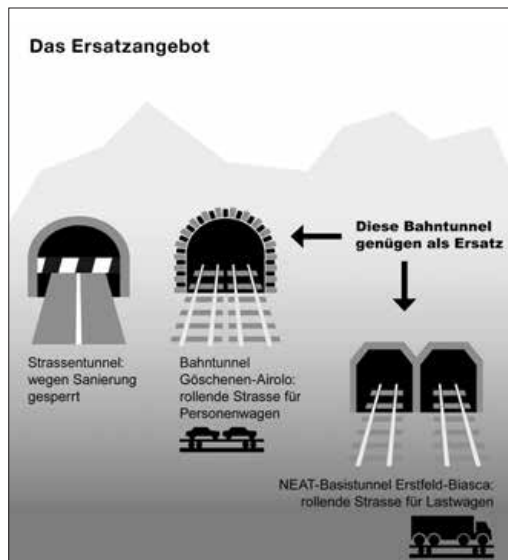
12

**Bundesrat und Parlament wollen eine zweite Strassenröhre durch den Gotthard bohren – gewissermassen als Baustellenumfahrung, da der bestehende Strassentunnel saniert werden muss. Das heisst: Jetzt müssen Unterschriften gesammelt werden, damit das Stimmvolk diese unnötige, viel zu teure, verfassungswidrige und schädliche Röhre stoppen kann!**

In der Frühjahrssession 2014 stimmte der Ständerat einer zweiten Strassenröhre am Gotthard zu. Die Verkehrskommission des Nationalrats verlangte dann weitere Abklärungen, insbesondere zu einer Tunnelgebühr. Aufgrund der enormen Kosten des Projekts und nach dem Nein der Bevölkerung zur 100-Franken-Autobahnvignette waren erst recht Zweifel aufgekommen, ob der Bund die vielen dringlichen Verkehrsprojekte in allen Landesteilen überhaupt finanzieren kann. Klar ist: Die Kassen sind halb leer und eine zweite Röhre kostet rund 3 Milliarden Franken mehr als die Variante mit einem temporären Bahnverlad für Autos und Lastwagen.

## Deutliches Nein

Eine isolierte Maut am Gotthard wurde im Parlament aus diversen Gründen abgelehnt. Für die vielen Verkehrsprojekte fehlt dem Bund also das Geld. Warum also am Gotthard eine Variante wählen, die mehr kostet als nötig? Falls das Referendum zustande kommt, wird das Volk zum dritten Mal darüber abstimmen, ob es eine zweite Röhre am Gotthard will oder nicht, nachdem es bereits vor 20 und vor 10 Jahren deutlich «Nein» gesagt hat: 1994 mit der Annahme der Alpen-Initiative, 2004 mit der Ablehnung des Avanti-Gegenvorschlags, der eine zweite Strassenröhre am Gotthard forderte. Hinzu kommt, dass 2011 die Stimmberechtigten des Kantons Uri zum wiederholten Mal eine zweite Röhre am Gotthard klar ablehnten.



Zwei Bahntunnel reichen als Ersatz des Autotunnels während der Sanierungszeit.

## NEAT umsonst gebaut?

Trotzdem wollen Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments eine zweite Röhre durchstieren – obwohl die Sanierung der bestehenden Röhre sehr gut mit einem Ersatzangebot auf der Schiene überbrückt werden kann: für Autos durch den Bahntunnel Göschenen-Airolo, für die Lastwagen durch den NEAT-Basistunnel, der 2016 in Betrieb geht. Hat denn die Schweiz die NEAT umsonst gebaut? Um die Zustimmung des Parlaments und des Volkes zu erreichen, verspricht der Bundesrat, den Alpenschutzartikel in der Verfassung zu respektieren und die beiden Röhren dannzumal nur je einspurig zu befahren. Mit diesem Trick wird die Demokratie ausgehebelt und versucht das Verbot für den Ausbau der Transitstrassen durch die Alpen zu umgehen. Denn wenn ein zweiter Tunnel

erst mal gebaut und das Geld ausgegeben ist, werden die gemachten Versprechen schnell vergessen und alle vier Spuren befahren!

## Leere Versprechen

Wie vergänglich auch wohlgemeinte Zusicherungen des Bundesrates sind, zeigen viele politische Versprechen. Bundesrat Hans Hürlimann etwa sagte bei der Eröffnung des Gotthard-Strassentunnels 1980 wörtlich: «Dieser Tunnel ist kein Korridor für den Schwerverkehr.» Aus Hürlimanns Versprechen sind fast 1 Million Lastwagen geworden, die jährlich den Tunnel durchfahren. Waren die Lastwagen anfänglich höchstens 28 Tonnen schwer, sind die meisten heute 40 Tonnen!

Es ist politisch nicht redlich, heute ein Versprechen abzugeben für das, was in 15 Jahren gelten soll. Doch genau dies tut der Bundesrat am Gotthard. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass die beiden Röhren, werden sie denn gebaut, auch voll genutzt werden. Dies aber öffnet die Schleusen für die Transitlastwagen endgültig, die Alpen würden überfahren – etwas, das dank des Verfassungsartikels bis heute vermieden werden konnte. ■



Die Güter gehören auf die Bahn. Nicht auf die Lastwagen. Deshalb: Nein zur zweiten Strassenröhre.

**Für Argumente und Referendumsbögen: [www.alpeninitiative.ch](http://www.alpeninitiative.ch)**

# Die Grünen in Rotkreuz

Redaktion BULLETIN | Bilder Alternative - die Grünen

Die Delegiertenversammlung (DV) ist das oberste Organ der Grünen Schweiz und findet ungefähr viermal jährlich statt, so am 23. August 2014 in Rotkreuz. Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard begrüßte die ungefähr 120 ange-reisten Delegierten, welche im Verlaufe des Tages die Parolen für die Abstimmungen im November fassten und pas-send zum Austragungskanton, eine Rohstoffresolution verabschiedeten. Regula Rytz, Co-Präsidentin Grüne Schweiz, hielt in ihrer Präsidentialrede die wichtige Rolle der Zuger Alternativen – die Grünen fest: «Es waren die Grünen hier, welche die unsauberen Rohstoffgeschäfte von Anfang an entlarvt, kritisiert und bekämpft haben und dafür respek-tiert und gefürchtet sind.»

13





# Stadt Zug ist auf Kurs

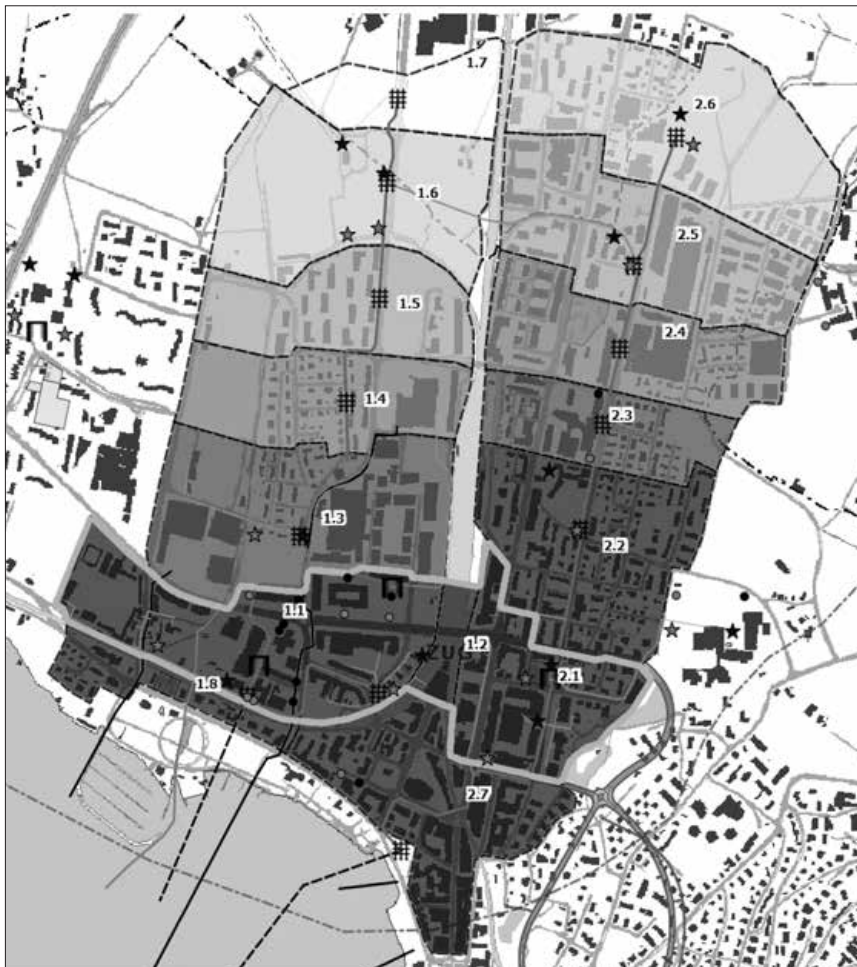
Astrid Estermann, Mitglied Grosser Gemeinderat Stadt Zug | Bilder Stadt Zug

14

Über drei Jahre nach der Annahme der städtischen Initiative «2000 Watt für Zug» stellt sich die Frage, was in der Stadt Zug zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und zur Senkung des Primärleistungsbedarfs getan wurde. Zeit, eine Auswertung vorzunehmen.

«Diese Initiative ist teuer und überflüssig!» Diese Aussage wurde im Vorfeld der Abstimmung immer wieder als Argument verwendet, um die Initiative abzulehnen. Die Alternativen – die Grünen der Stadt Zug wollten deshalb von der Stadtökologie wissen, was in den letzten drei Jahren alles getan wurde, um die angenommene Initiative umzusetzen.

Die Bilanz nach drei Jahren ist beeindruckend und zeigt, dass die Stadt Zug sich sofort an die Umsetzung gemacht hat. Die einzelnen Massnahmen an sich sind auf den ersten Blick oft unbedeutend, aber erst das Ineingreifen und Verzahnen jedes Puzzleteilchens wird die Stadt Zug schliesslich zum ambitionierten Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft führen.



Die Wasserwerke Zug (WWZ) wollen in zwei Leitungen Wasser aus dem See in Richtung Norden ziehen, das zwischen 7 und 16 Grad warm ist. Das Bild zeigt das Gebiet, das die Stadt Zug ab 2018 erschliessen will.

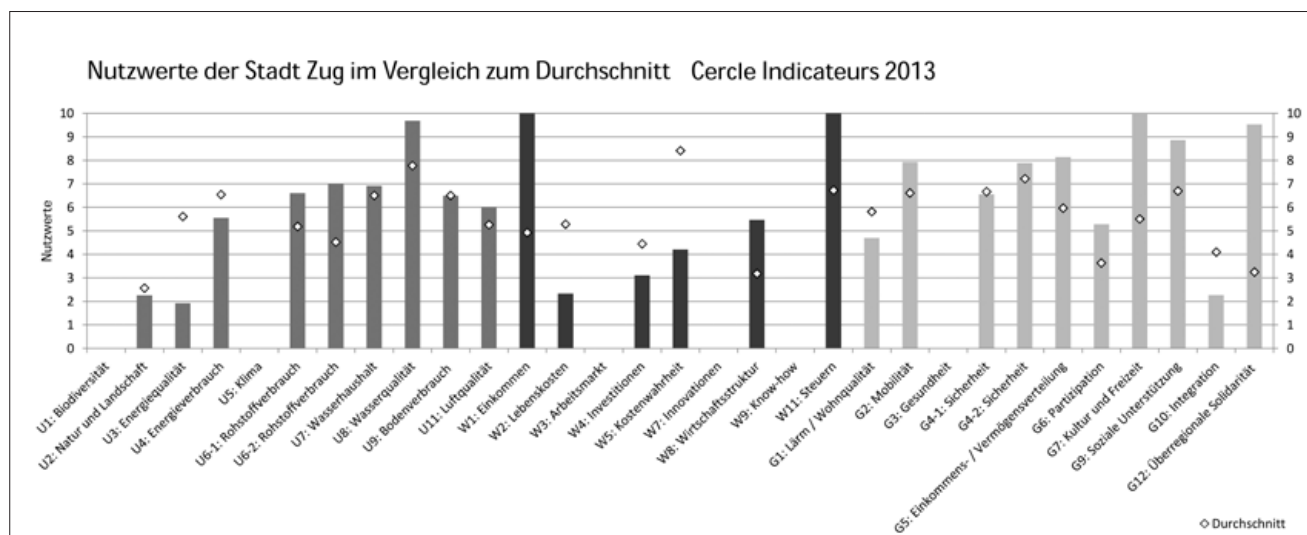
## Vorbildfunktion

Zunächst war die Stadt Zug selber Vorbild und hat diverse Anpassungen in der Stadtverwaltung vorgenommen. Zum Beispiel stattete sie die Buswartehäuschen im Riedpark und Feldhof mit einer Solarbeleuchtung aus. Seit 2013 bezieht sie 100 Prozent erneuerbaren Strom und setzt Elektroautos für den Personentransport ein. Mit Umweltschutz- und Energiespar-Tipps für den Alltag und Aktionstagen wurde die Bevölkerung informiert und für eigene Beiträge zum – oben erwähnten – Puzzle motiviert. Die Schülerinnen und Schüler der Stadt Zug wurden mit Energieunterricht, Filmen und Projektwochen zum Thema «Energie und Klima» für mögliche Umsetzungsfelder sensibilisiert. So wächst das Bewusstsein und jede Zugerin, jeder Zuger kann seinen Teil zur Veränderung beitragen. Auch die EigentümerInnen von Liegenschaften haben von der Vorarbeit der Stadt profitiert: Der Solarkataster zeigt ihnen auf, welche Dächer sich für Solarstrom eignen, und Infrarotbilder für das eigene Haus lassen Wärmeverlustquellen ausfindig machen. Bei Umbauten und Renovationen berät und unterstützt die Stadt Zug mit dem Energieförderprogramm konkret diejenigen, welche Energiesparprojekte umsetzen möchten. Die Anfragen bei der Stadt sind zahlreich und zeigen, dass die Eigentümer interessiert sind, ihr eigenes Puzzleteilchen zum Aufbau einer 2000-Watt-Gesellschaft beizusteuern.

## Vergleichsmöglichkeit

Natürlich kommen nicht aus allen Departementen nur Erfolgsmeldungen. Im Bereich Mobilität und Konsum sind bisher noch kaum Massnahmen umgesetzt worden. Das Initiativkomitee schlägt vor, sich mit äusserst innovativen Schweizer Städten wie z.B. Burgdorf kurzzuschliessen, um weitere Ideen und Erfahrungen aufzunehmen. Der Austausch





Der Cercle Indicateurs zeigt die Nutzwerte der Stadt Zug im Vergleich. Die Resultate werden in Nutzwerten für die Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft dargestellt: Diese reichen von null (schlechtes Resultat) bis zehn (gutes Resultat). Die Indikatoren mit dem Nutzwert null wurden aufgrund von Überarbeitung oder fehlenden Grundlagen nicht erhoben. Detaillierte Informationen zu finden unter: [www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/04/01.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/04/01.html)

mit anderen Städten, die sich der 2000-Watt-Gesellschaft verpflichtet haben, ist essenziell. Die Teilnahme am Cercle Indicateurs ermöglicht es Zug, sich mit 18 anderen Städten und 20 Kantonen in einem Nachhaltigkeitsmonitoring zu messen. Im Juni 2014 erschien der erste Nachhaltigkeitsbericht. Das Ranking zeigt, dass die Stadt Zug im Durchschnitt die höchsten Nutzwerte der beteiligten Städte erreicht und gemäss dem Cercle Indicateurs 2013 somit die nachhaltigste aller verglichenen Städte ist. Für das Ranking werden aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft diverse Parameter erhoben. Die Stadt Zug schneidet im Bereich Umwelt bei der Wasserqualität (U8) mit einem tiefen Nitratgehalt im Grundwasser und dem Umgang mit dem Abfall (U6) mit einer hohen Separatsammelquote sehr gut ab. Der Anteil des erneuerbaren Stroms am gesamten Stromverbrauch (U3) dagegen war 2011 eher gering (U3) und auch der Energieverbrauch (U4) ist in der Stadt Zug zurzeit höher als in anderen Städten. Rund 50 Prozent wird dabei von Grossverbrauchern bezogen, was als hoher Anteil gilt. Im Bereich Wirtschaft zeigt sich, dass die Steuerbelastung (W11) gering und die Löhne (W1)

überdurchschnittlich hoch sind – ebenfalls die Wohnungsmieten (W2). Der Zusammenhang dieser Faktoren ist schon lange bekannt. Im dritten Bereich Gesellschaft punktet die Stadt Zug bei den Ausgaben für Kultur, Freizeit (G7) und überregionale Solidarität (G12). Ausserdem ist die Sozialhilfequote (G9) tief. Der Mangel an günstigem Wohnraum wirkt sich auf den Anteil der Sozialhilfeempfänger aus. Hingegen ist die Zahl der Einbürgerungsgesuche in den letzten Jahren rückläufig, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass Expats keine langfristige Integration (G10) anstreben.

#### Bedeutender Schritt

Anfang Juli 2014 verkündete die Stadt Zug ausserdem, dass sie zusammen mit dem Kanton und der Wasserwerke Zug AG (WWZ) in Zukunft die Hälfte des Wärmebedarfs mit lokal vorhandenen, erneuerbaren Energien (See- und Grundwasser) decken will. Das Versorgungsnetz besteht aus einem hydraulisch in sich geschlossenen System samt Smart-Grid-Verbrauchssteuerung. Es ist mit normalem Wasser gefüllt und wird hauptsächlich mit Energie aus See- und Grundwasser versorgt. Der Wärmetauscher braucht nicht mehr Platz

als eine herkömmliche Heizung. Zwei Hauptleitungen beliefern ein je rund 700 Meter breites Einzugsgebiet. Geplant ist das neue System in den Zonen der Stadt, in denen viele Geschäftsgebäude und Wohnhäuser stehen, vom Verwaltungszentrum des Kantons an der Aabachstrasse bis zum Siemens-Areal und darüber hinaus ins Gebiet Neufeld. Damit wird die Stadt Zug den Energieverbrauch pro Einwohner um 1000 Watt reduzieren. Die WWZ übernehmen die Installationskosten für die Infrastruktur der Gebäude und verrechnen dafür eine Anschlussgebühr. Die WWZ und die Stadt Zug sind überzeugt, dass die Energie zu einem Marktpreis bezogen werden kann und somit attraktiv sein wird. Mit dem Energieverbund verbleiben dabei 94 Prozent der Gelder in der Schweiz und rund 46 Prozent in der Region. Beim Betrieb mit fossiler Energie fliessen rund 60 Prozent ins ferne Ausland.

#### Überflüssig und teuer?

Die bisher ergriffenen Massnahmen bringen bereits eine grosse Reduktion an Treibhausgasemissionen und Primärenergie für die Stadt Zug. Was es braucht, ist Ideenreichtum und der Willen, den Weg konsequent weiterzugehen. ■

# Noch kein Asyl für Snowden

Martin Stuber, Kantonsrat AGF | Bilder Internet

16

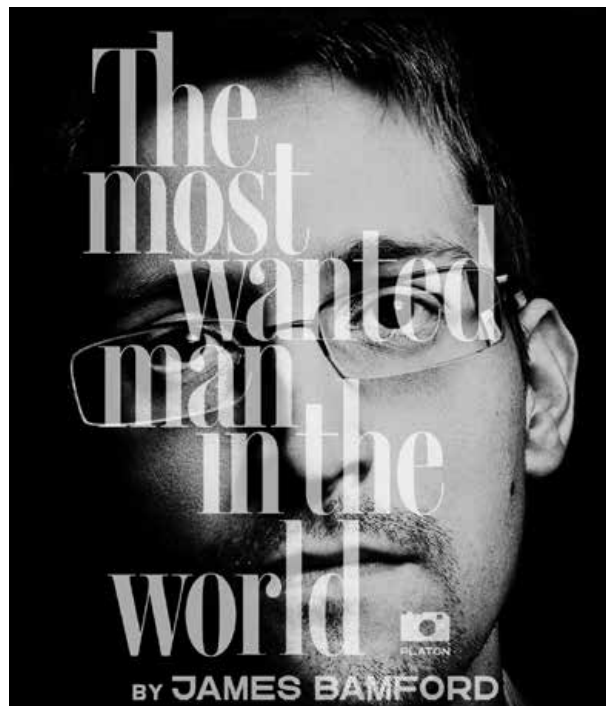
**Im letzten Bulletin sind wir auf DAS Buch zum Thema Edward Snowden eingegangen («No Place to Hide» von Glenn Greenwald). Inzwischen gibt es mehr Informationen zur Motivation von Snowden und zum Ausmass des Überwachungsstaates. Langsam regt sich auch in der Schweiz Widerstand gegen den Überwachungsstaat.**

Zuerst ist eine Berichtigung angezeigt: Am Schluss des Artikels im letzten Bulletin hat der Schreibende die Passivität in Bundesbern beklagt. Verpasst hat er dabei die Verabschiedung eines Vorstosses von SP-Ständerat Paul Rechsteiner in der Sommer-session – Entschuldigung! Rechsteiner verlangt eine Expertenkommission (siehe Kasten) nebenan. Auf die Arbeit dieser Kommission dürfen wir gespannt sein. Ferner hat im Nationalrat der Grüne Daniel Vischer eine parlamentarische Initiative eingereicht: «Artikel 13 Absatz 2 der Bundesverfassung sei so zu ändern, dass der Datenschutz statt eines Missbrauchsschutzes zu einem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird.» Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat der Initiative am 28. August 2014 mit 12 zu 8 Folge gegeben. Diese Verfassungsänderung wäre ein Paradigmawechsel für die Datenhoheit, weil sie die Voraussetzung schafft, damit diese zu einem einklagbaren Recht für die StaatsbürgerInnen würde.

## Mangelnde Datensicherheit

An einem hochkarätig besetzten Symposium zum Thema «Privacy and Security» Ende August in Zürich war das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung auch ein heisses Thema. Zur Durchsetzung dieses Grundrechtes gehört eine sichere IT-Infrastruktur. Sicher bis auf

die Ebene des individuellen Computers – wozu heute auch Smartphones oder Tablets gehören. Und hier sieht es ganz trüb aus. Die so genannte



freie Marktwirtschaft hat es bisher nicht geschafft, uns diese sichere Infrastruktur zu liefern. Am Symposium wurde von einem ETH-Professor und ehemaligen Google-Kader nüchtern festgestellt, dass in Datensicherheit kaum investiert werde, weil es wenig profitträchtig sei. Im abschliessenden Panelgespräch wendete sich das Interesse der Revision des «Bundesgesetzes zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs» (BÜPF) zu. Franz Grüter, Luzerner SVP-Kantonalpräsident und CEO von green.ch, verglich Über-

wachung mit Radioaktivität: unsichtbar und hochgefährlich. Der anwesende Vertreter des Schweizer Geheimdienstes NDB machte einen auf harmlos, der Vertreter des Chaos Computer Clubs erläuterte, wie es gelang, auf EU-Ebene die Vorratsdatenspeicherung zu kippen – und die SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher, Mitglied der Sicherheitskommission, welche das BÜPF gleichentags durchgewinkt hatte, wick alle Fragen aus.

Grüter würde Snowden kein Asyl geben, weil er «unser Land nicht dem riesigen Druck aussetzen wolle, den die USA dann auffahren würden».

Das sieht wohl auch die Staatspolitische Kommission des Nationalrates so. Das Asylrecht für Whistleblower (Vorstoss von SP-Nationalrat Carlo Sommaruga) lehnte sie mit 13 zu 8 ab, «weil bereits heute in Härtefällen ausnahmsweise ein Bleiberecht gewährt werden kann». Ausnahmsweise ... Angesichts des massiven Druckes der Obama-Administration und ohne verbrieften Anspruch auf Asyl ist Snowden also gut beraten, nicht in die Schweiz zu kommen – leider. Was aber sind die Motive Snowdens?

## Snowdens Motive ...

In der August-Nummer des US-Technologie-Magazins «Wired» ist ein grosser Artikel von James Bamford mit dem Titel «The most wanted man in the world»\* erschienen. Bamford ist der BULLETIN-Leserschaft bekannt als Autor von zwei Standardwerken über die NSA. Er hatte Gelegenheit, Snowden in Moskau zu besuchen. Offensichtlich hat Snowden sich entschieden, angesichts der Verlängerung des Aufenthaltes um drei Jahre durch die russischen Behörden, ausführlicher und offener über

seinen Werdegang zu sprechen. Und räumt damit letzte Zweifel an seiner Integrität und Motivation aus.

In den Abschnitten 5 und 6 des Artikels beschreibt Bamford, wie Snowden bis 2012 ständig mehr Zugang zu allen Informationen erhielt und sich einen umfassenden Überblick über die Datensammelwut der NSA machen konnte, die vor keinem Gesetz Halt machte. Nur die Cyberkriegsaktivitäten blieben ihm verborgen. Dies änderte sich, als er im Frühling 2013 zu einem Vertragspartner der NSA wechselte – Booz Hamilton. Nun hatte er doppelten Zugang, und es bestätigte sich, dass «ein grosser Teil der US-Kommunikation mitgeschnitten und abgespeichert wurde, ohne richterliche Anordnung, ohne Verdacht auf kriminelle Aktivitäten, wahrscheinliche Delikte und individuelles Ziel» (Anm. des Autors: diese und alle folgenden Zitate aus «Wired» sind von ihm übersetzt).

Seine Hauptbeschäftigung war nun, die Cyberwar-Aktivitäten von China zu untersuchen. Dabei musste er feststellen, dass die Agency ihr Mandat weit überschritt. «Es ist kein Geheimnis, dass wir China sehr aggressiv hacken. Aber wir haben die rote Linie überschritten. Wir haben Universitäten und Spitäler gehackt, und völlig zivile Infrastrukturen statt aktuelle Regierungs- und Militärziele.» Was ihm dann endgültig «den Nuggi herausgehauen» hat, war die Entdeckung «der Entwicklung eines neuen, «strangelovian» Cyberkriegsführungsprogrammes mit dem Codenamen Monster Mind».

Dieses Programm begnügt sich nicht, automatisch Cyberangriffe abzuwehren, sondern schießt ebenso automatisch zurück – und hat damit die Kapazität, irrtümlich einen Krieg auszulösen. Snowden erklärt weshalb: «Der ursprüngliche Angriff ist sehr oft durch ein unschuldiges Drittland geroutet. Solche Angriffe können sich als jemand anders ausgeben. Jemand sitzt z. B. in China und lässt es

so aussehen, wie wenn der Angriff aus Russland kommen würde. Und wir schießen automatisch zurück auf ein russisches Spital. Was passiert dann?»

Neben dem Risiko, quasi durch einen Unfall einen Krieg zu starten, sieht Snowden Monster Mind als die «ultimative Bedrohung der Privatsphäre, weil die NSA Zugang zu praktisch der kompletten privaten Kommunikation, welche in die USA hereinkommt, benötigt, damit das System überhaupt funktioniert. (...) Das bedeutet, dass wir das 4th Amendment verletzen, indem wir uns der privaten Kommunikation ohne richterliche Anordnung bemächtigen – ohne wahrscheinliches Delikt, nicht einmal aufgrund eines Verdachtes auf ungesetzliches Handeln. Und das für alle, permanent.»

Jetzt wusste Snowden endgültig, dass er seine USB-Sticks nehmen musste und der Welt erzählen, was er wusste. Die Frage war, wann.

Den Auslöser lieferte am 13. März 2013 der Direktor der US-Geheimdienste James Clapper. Dieser log einen Senatsausschuss geradeaus an, indem er aussagte, dass die NSA «nicht wissentlich» über Millionen von AmerikanerInnen Informationen sammeln würde. Gegenüber Bamford kommentiert Snowden dies so: «Clapper betrachtete es als seinen ganz normalen Job, das amerikanische Volk zu täuschen. Und zu Recht ging er davon aus, dafür nicht bestraft zu werden. Denn als er überführt wurde, vor dem Senat unter Eid gelogen zu haben, erhielt er nicht mal einen Klaps auf die Finger. Das sagt viel aus über das System und über unsere politischen Führer.»

#### ... vom Idealist zum Realist

Snowden meldete sich nach 9-11 freiwillig zum Irak-Krieg, weil er an die US-Propaganda glaubte, dass Saddam hinter dem Anschlag steckte und über Massenvernichtungswaffen verfügte. Nach zehn Jahren in Ar-

mee und Geheimdienst wusste er es besser und hielt an seinem Ideal von einem freiheitlichen Rechtsstaat fest. Er kam, wie oben geschildert, zur Überzeugung, dass der NSA und ihren befreundeten Geheimdiensten (v.a. Grossbritannien und Kanada) sowie der Obama-Administration Einhalt geboten werden musste. Zu Beginn seiner Geheimdienstkarriere setzte Snowden grosse Hoffnungen



Paul Rechsteiner (SP) im Ständerat ...



... und Daniel Vischer (Grüne) im Nationalrat wollen grundlegende Konsequenzen ziehen.



in Obama, die aber schnell bitter enttäuscht wurden. Nach Jahren der Desillusionierung und Empörung war Snowden schliesslich bereit, eine sichere Existenz mit glänzenden Karrieremöglichkeiten zu opfern und «sein Leben anzuzünden und



Geheimdienstchef Markus Seiler will mehr Überwachungsbefugnisse.

niederzubrennen», wie er in dem Interview sagte. Sein systematisches Vorgehen, um einen maximalen und möglichst langfristig wirkenden Effekt zu erzielen, und seine persönliche Zurückhaltung, um es den Massenmedien schwer zu machen, via Personalisierung vom Thema abzulenken, sind bewundernswert.

Mehr als ein Jahr nach seinen Enthüllungen zeigt er sich überrascht über das weltweite riesige Echo seiner Enthüllungen. Gleichzeitig ist er erüchtert, wie wenig konkrete Auswirkungen auf politischer Ebene sichtbar sind. Seine Schlussfolgerung ist simpel: «Wir haben die Mittel und wir haben die Technologie, um die Massenüberwachung ohne jegliche legislative Massnahmen, ohne Änderungen in der Politik, zu beenden. Die Antwort ist starke Verschlüsselung. Wir können die Massenüberwachung nicht nur in den

Vereinigten Staaten, sondern weltweit stoppen, wenn die Verschlüsselung jeglicher Kommunikation zu einem universellen Standard wird.»

#### Es kommt noch mehr

Brisant in Bamfords Artikel sind zwei neue Informationen: Snowden verfügt gemäss seinen Aussagen selber gar nicht mehr über die Dokumente, hat aber offenbar immer noch Einfluss darauf, was veröffentlicht wird. Das ist clever, weil er sich so elegant dem Interesse anderer Geheimdienste entzieht. Noch brisanter aber ist, dass es inzwischen weitere Whistleblower aus den US-Geheimdiensten gibt, welche die Snowden-Files als Deckung benutzen. In Kombination mit dem Nichtwissen der NSA darüber, was Snowden alles abgezügelt hat, dürfte dies für viele schlaflose Nächte in Fort Mead und Washington sorgen. Aber es gilt, was Snowden am Schluss von Bamfords Artikel sagt: «Die Frage für uns ist nicht, was die nächste Enthüllung sein wird. Die Frage ist, was wir daraus machen.»

#### Ausblick

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist fundamental und muss kommen. Wie Snowden kann dessen Durchsetzung in der täglichen Realität nicht einfach dem Staat überlassen werden – denn der ist ja, solange es Geheimdienste gibt, auch Täter. Einen interessanten Ansatz liefern drei CERN-Mitarbeiter, welche eine sichere Mail-Infrastruktur auf die Beine gestellt haben, die von Privaten ohne spezielle IT-Kenntnisse genutzt werden kann.\*\*

\* [www.wired.com/2014/08/edward-snowden/](http://www.wired.com/2014/08/edward-snowden/)

\*\* [www.protonmail.ch](http://www.protonmail.ch)

#### Weiterführende Links zum Thema:

[www.heise.de/thema/NSA](http://www.heise.de/thema/NSA)  
[www.digitale-gesellschaft.ch](http://www.digitale-gesellschaft.ch)

#### Motion Rechsteiner

«Der Bundesrat wird beauftragt, zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit eine interdisziplinäre Expertenkommission einzusetzen, bis untenstehende Fragen beantwortet sind, längstens aber für 3 Jahre:

1. Wie sind die technologischen und politischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Datenbearbeitung zu beurteilen?
2. Was bedeuten diese Entwicklungen für die schweizerische Wirtschaft, die Gesellschaft und den Staat?
3. Wie ist der gegenwärtige Rechtsrahmen mit Blick auf diese Entwicklung zu beurteilen?
4. Welche Empfehlungen ergeben sich daraus für die Schweiz? Auf nationaler Ebene? Mit Blick auf mögliche Initiativen auf internationaler Ebene?

*Red. Der Bundesrat lehnte die Motion als unnötig ab. Dabei verwies er ausgerechnet aufs VBS, welches sich in den letzten Jahren nicht gerade mit Informatikkompetenz hervorgetan hat: «Der Bundesrat hat aber neuen Bedarf für den Bund festgestellt. Er hat in der Folge das VBS beauftragt, in Zusammenarbeit mit den anderen Departementen, der Bundeskanzlei und weiteren Bundesbehörden sowie unter Beizug von Experten den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Informationssicherheit auszuarbeiten.» Der Nationalrat nahm die Motion mit einer Änderung (Beschränkung auf 3 Jahre) schliesslich mit 97 zu 80 Stimmen an. Die SVP stimmte geschlossen dagegen, die CVP mehrheitlich und die FDP im Verhältnis 2:1 dafür. SP, Grüne, GLP und BDP stimmten geschlossen dafür. Die drei Zuger Nationalräte stimmten dagegen ...*

*Im Ständerat wurde die Motion mit 21 zu 15 Stimmen angenommen, das Stimmverhalten der beiden Zuger Ständeräte ist nicht bekannt.*

#### Weiterer Kasten

Ein weiterer Kasten zum Thema befindet sich auf Seite 25 dieses BULLETINS.

# W'Alter ist da

Dana Zumr und Tekla Hahin | Bild in buona compagnia, Bonaduz

**Was vor mehr als einem Jahr mit einer Arbeitsgruppe begann, mündete am 21. Juli 2014 in der Gründung der Wohnbaugenossenschaft W'Alter in Zug. W'Alter steht für Wohnen, Alter und Alternativ. Die Grundidee ist, selbstverwalteten, bezahlbaren Wohnraum für vorwiegend ältere Menschen zu schaffen, wobei ein Mehrgenerationenprojekt angestrebt wird.**



Ähnlicher Ansatz: Die Bonaduzer Wohngenossenschaft «in buona compagnia» ([www.inbuonacompania.ch](http://www.inbuonacompania.ch))

Die Genossenschaft W'Alter ist offen für weitere Mitglieder. Sie sucht geeignetes Land resp. geeignete Immobilien in der Stadt Zug. Nicht nur private LandbesitzerInnen, sondern auch die Stadt und der Kanton Zug, sind angesprochen, Hand zu bieten, Wohnungen zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu erstellen und ihre Versprechen, Wohnbaugenossenschaften zu fördern, umzusetzen. Der Gedanke, bezahlbaren Wohnraum für ältere Menschen in Zug zu schaffen, begeistert und steckt an. Bereits als die Initiantinnen und Initianten ihre Idee zu verbreiten begannen, stellten sie ein beachtliches Interesse fest. Zur Freude aller fanden sich schliesslich 15 Personen zur Gründungsversammlung ein. Mittlerweile hat W'Alter 20 Mitglieder.

## Genossenschaften

Genossenschaften, als Vereinigung von Ebenbürtigen zur gemeinsamen Selbsthilfe, haben in der Schweiz sehr weit zurückliegende Ursprünge. Bereits

Äpler und Säumer hatten sich genossenschaftlich organisiert und ihre Korporationen bilden gewissermassen die Urzellen eidgenössischer Staatlichkeit. Man bezeichnet Genossenschaften auch als «Kinder der Not» und stellt fest, dass der Gedanke der Selbsthilfe immer dann aufkeimt, wenn Krisen kapitalistischer Ökonomie Menschen an den gesellschaftlichen Rand drängen.

## Stadt Zug und W'Alter

Im Jahr 2014 wird in der reichsten Stadt der Schweiz eine Wohnbaugenossenschaft gegründet. Ist das ein Zufall? Wahrlich nicht. Die Gründe waren vielfältig und doch kristallisierte sich ein wesentliches Thema in der Vorbereitungsphase heraus: Wie wird es mir möglich sein, im Alter in Zug zu bleiben, dies in einer bezahlbaren Wohnung und in einem gemeinschaftsfördernden Umfeld? Ist es ein Zufall, dass derzeit 14 Frauen und 6 Männer Mitglieder sind? Die meisten machen sich ihre Gedanken, wie die

nachberufliche Phase in ihrem Leben aussehen könnte. Gemeinsam ist allen, dass sie in Zug resp. im Kanton wohnen und dies auch bleiben wollen. Gemeinsam ist allen, dass sie den Wunsch haben, im Alter in selbstbestimmter Gemeinschaft zu leben. Gemeinsam ist vielen, dass sie sich fragen, ob sie sich die heutige Wohnung auch im Alter noch leisten können respektive ob es die Wohnung dann noch gibt und diese nicht aus Renditeüberlegungen von Erbengemeinschaften zum Abbruch freigegeben wird. Der Anfang ist gemacht. Die Statuten sind beschlossen. Der Vorstand hat sich konstituiert und plant konkrete Schritte, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Dies will er mit Realitäts-sinn, Pragmatismus und Beharrlichkeit tun. Schliessen Sie sich uns an – wir freuen uns! ■

19

## Weitere Informationen

Mitgliedschaft: Der Genossenschaftsanteil beträgt pro Mitglied CHF 3'000.–

Kontakt/Mitgliedschaftsantrag:  
Wohnbaugenossenschaft W'Alter  
c/o Dana Zumr, Rothusweg 12  
6300 Zug  
041 711 22 15, [dana.zumr@bluewin.ch](mailto:dana.zumr@bluewin.ch)

Vorstand: Dana Zumr (Präsidentin)  
Susanne Giger (Vizepräsidentin)  
Sylvianne Imhof Zanaty (Aktuarin)  
Thomas Ehrensperger (Kassier)  
Paula Gisler (Beisitzerin)

## Zweck der Genossenschaft W'Alter

Die gemeinnützige Genossenschaft verfolgt den Zweck, in gemeinsamer Selbsthilfe und Mitverantwortung ihren Mitgliedern dauerhaft den Bedarf an Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu decken. Sie ist bestrebt, namentlich Wohnraum für ältere Menschen anzubieten. Sie fördert das Zusammenleben im Sinne gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und gegenseitiger Solidarität.

# Für einen Systemwechsel

Patrick Oppliger, Junge Alternative Zug | Bild Patrick Oppliger

20

**In den Köpfen der meisten Menschen ist fest verankert, dass wir ein stetes Wirtschaftswachstum benötigen, damit es uns gut geht. Dass dieses Streben nach mehr uns grundsätzlich nicht glücklicher macht, wissen wir bereits. Mit der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen steht ein alternatives Modell zur Wahl.**

Angenommen, wir passten Produktion und Konsum an unsere tatsächlichen Bedürfnisse an, liessen sie nicht weiter durch Gier in die Höhe treiben, würde es uns dann schlechter gehen? Kaum. Daher sollten wir uns fragen, ob wir das Ziel des fortlaufend steigenden Wirtschaftswachstums beibehalten wollen. Die weltweite Nahrungsmittelproduktion könnte 12 Milliarden Menschen ernähren, doch sterben trotzdem 8,8 Millionen Menschen jährlich an Hunger. Weltweit landen pro Jahr 1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel im Müll. Alleine mit den 300 Millionen Tonnen, welche in den Industrienationen weggeworfen werden, könnte man den Welthunger stillen. Rund ein Drittel der Nahrungsmittel, die im Abfall landen. Doch Nahrungsmittel spielen heute nur noch eine kleine Rolle in der Wirtschaft. Ein Umdenken in allen Bereichen drängt sich auf!

## Umwelt und Mensch leiden

Wir leben in einer Wegwerfgesellschaft, denn das Reparieren defekter Geräte und Produkte ist in der Regel weniger rentabel als ein neues herzustellen. Überspitzt gesagt: Wir produzieren für die Müllhalde. Schon seit den ersten Glühbirnen und Autos begann die geplante Obsoleszenz (Produktschwachstelle zur Verkürzung der Produktlebensdauer) den Markt immer mehr zu beherrschen, um den Herstellern ein stetes Einkommen sowie ein gesichertes Arbeitsvolumen zu garantieren. Dieser Trend verstärkte sich in den letzten Jahrzehnten, besonders in der Elektroindustrie. Produziert wird massenhaft, um die Umsatzzahlen zu neuen Spitzen zu treiben, geworben wird mit dem

niedrigen Preis und nicht mit der Qualität. Sehr viele lassen sich davon leicht verführen, der Kaufrausch hält an, die Auswirkungen nehmen die Wenigsten wahr. Dazu lassen sich viele Menschen, besonders im Bekleidungsmarkt, durch die Modetrends lenken. Noch neuwertige Kleidungsstücke werden weggeworfen oder bestenfalls via Texaid entsorgt (somit bekommt die Näherin in Asien wahrscheinlich das von ihr produzierte Kleidungsstück wieder zurück ...). Dass dieses Treiben sehr grosse Mengen an umweltbelastendem Abfall produziert, ist kein Geheimnis, sondern ist seit jeher eine logische Folgerung, der jedoch bisher nur geringe Beachtung geschenkt wurde. Dies, weil die Produzenten keine oder nur minimale Kosten der daraus resultierenden Umweltbelastung tragen mussten und müssen. Die Folgen aber, welche immer spürbarer werden, tragen wir alle.

Unter diesem Wirtschaften leiden auch die ArbeitnehmerInnen. Besonders in Mitleidenschaft gezogen werden ArbeiterInnen der ärmsten Länder, die von Billigproduzenten ausgebeutet werden. Diese Menschen haben die Wahl zwischen keiner Arbeit und Arbeit unter katastrophalsten Bedingungen. Wir machen uns mitschuldig, wenn wir Produkte aus solchen Billigproduktionen kaufen.

## Den Fortschritt nutzen

Der deutsche Unternehmer Götz Werner\* sagte, dass es nicht Sinn und Zweck der Wirtschaft sei, die Menschen zu beschäftigen, sondern die Wirtschaft habe die Aufgabe, den Menschen von der Arbeit zu befreien. Sollten wir demnach nicht jede Ar-

beitsstelle, welche dank neuer Technologien abgebaut werden kann, mit Jubel begrüssen und schätzen lernen, dass wir das gleiche oder gar bessere Endergebnis mit einer geringeren Zahl Mitarbeitenden in kürzerer Zeit vollbringen können?

Der Mensch neigt dazu, neue Produkte und Dienstleistungen zu kreieren, die er im Grunde genommen gar nicht benötigt. Es ist die Wirtschaft, die uns die Notwendigkeit (zu) vieler Produkte und Waren weismacht. Die Wirtschaft muss ja schliesslich weiter wachsen, um genug Rendite einzuspielen. Warum sollten wir nicht endlich den Gewinn an freier Zeit für uns selbst einsetzen und davon profitieren?

Eine Wirtschaft, welche alle Menschen der Welt im gesunden Masse befriedigen würde, müsste nur einen Sicherheitsüberschuss produzieren sowie proportional zur Erdbevölkerung wachsen, mehr nicht! Das heutige Wirtschaftssystem beruht auf Übersteuerung, zu hoher Produktion und zu schnellem Wachstum.

## Schädlicher Wettbewerb

Würden wir unseren Bedürfnissen entsprechend konsumieren, bräuchten auch wir keinen Wettbewerb! Der weltweite Wettbewerb wird stets aggressiver, der Druck, bestehen zu können, lastet enorm auf den Unternehmen. Die steigende Fallzahl psychischer Probleme, zum Beispiel der Burnouts, weisen uns auf die menschlichen Grenzen des Wirtschaftswachstums hin. Der Mensch benötigt, wenn auch nicht jeder im selben Masse, Zeit zur Musse und Selbstverwirklichung.

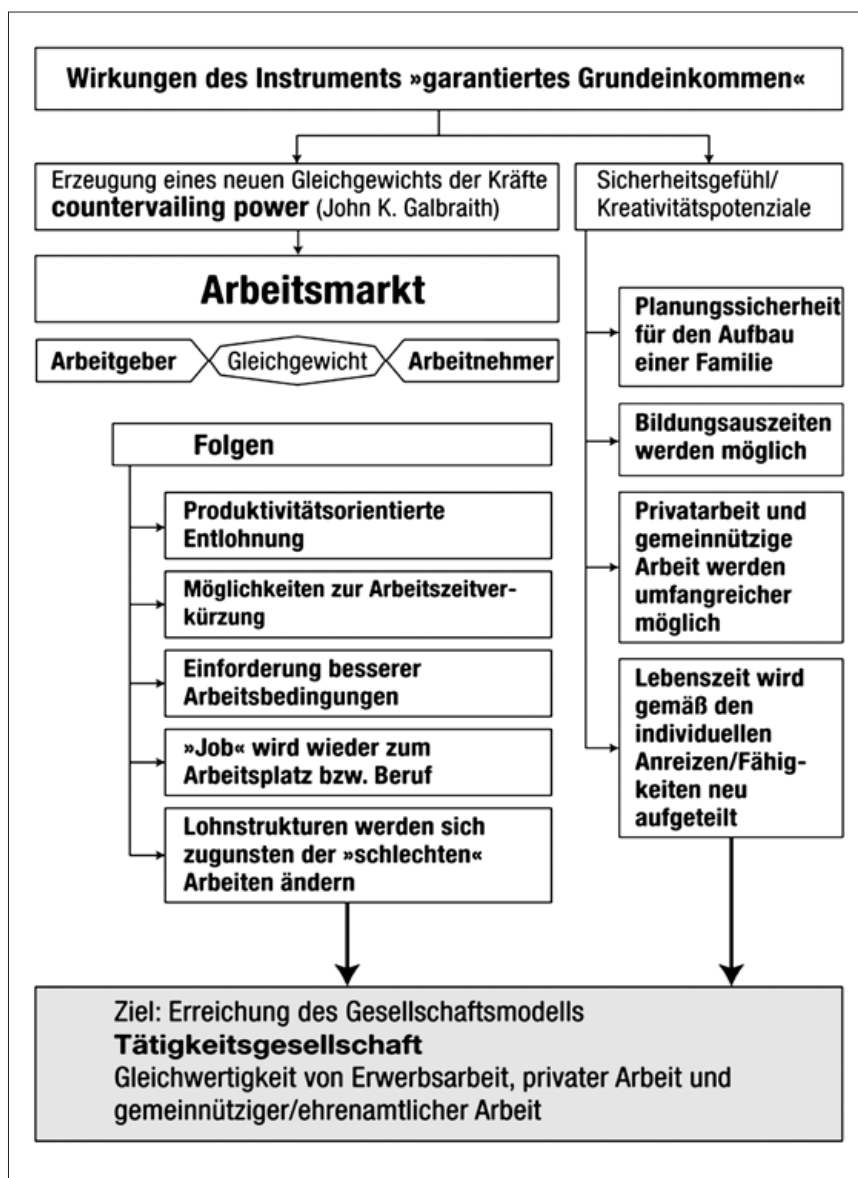
## Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» kam letztes Jahr zustande und wird 2015 zur Abstimmung vor das Volk kommen. Diese Initiative schlägt einen möglichen sowie interessanten, zukünftigen Weg.



Jeder und jedem Schweizer Bürgerin und Bürger soll ein bedingungsloses, monatliches, staatliches Salär ausbezahlt werden, welches ein einfaches Leben in Würde ermöglicht. Die Initianten betrachten monatlich 2500 Franken für Erwachsene und 625 Franken (ein Viertel) für Kinder und Jugendliche als sinnvoll. Ewige Baustellen wie die AHV, das Rentenalter, Kinderzulagen, Stipendien und Arbeitslosengelder könnte man endlich aufgeben, da das bedingungslose Grundeinkommen all dies abdecken würde. Die IV käme erst ab Beiträgen über 2500 Franken zum Zuge, welche nach demselben System wie heute definiert werden sollten. Nach Abzug der direkten Einsparungen, würde uns die Umsetzung noch 2 Milliarden kosten (Gesamtkosten von 200 Milliarden minus 70 Milliarden Einsparungen der Sozialausgaben minus 128 Milliarden Einnahmen von der Lohndifferenz der Arbeitgeber). Die Kostenminimierung, die durch den Wegfall der heutigen Bürokratie erreicht würde, ist in dieser Rechnung noch nicht mal enthalten!

Beiliegende Grafik zeigt kompakt die gewünschten Auswirkungen des bedingungslosen Grundeinkommens auf die Gesellschaft. Der Mensch soll vom Willen und von der Leidenschaft zur Arbeit motiviert, die Koppelung zum Geld vermindert werden. Ein Arbeiter, der aktuell 5000 Franken pro Monat verdient, würde mit dem bedingungslosen Grundeinkommen genau denselben Verdienst haben, einzig die Zusammensetzung würde sich ändern: 2500 Franken würden vom Staat, und 2500 Franken direkt vom Arbeitgeber bezahlt. Er könnte sich dank dem neuen System aber jederzeit sicher fühlen, denn seine existenzielle Grundlage wäre garantiert. Die Attraktivität projektorientierter Jobs und Teilzeitstellen würde steigen, der Arbeiter wäre flexibler. Gemeinnützige Engagements würden beliebter werden.



Die Wirkung des Grundeinkommens.

Quelle: «Teil der Lösung», von Ronald Blaschke, Werner Rätz (Hrsg.), Rotpunkt Verlag

Familien würden finanziell entlastet, die Erziehung der eigenen Kinder realistischer.

### Flexibles Rentenalter

Bekannt ist, dass viele Pensionärinnen und Pensionäre nach dem Eintritt ins Rentenalter rasch an Lebenskraft verlieren oder gar in eine tiefe Krise fallen. Für den Fall, dass die StimmbürgerInnen Ja zum bedin-

den weiterhin einer Erwerbsarbeit nachgehen. 80 Prozent der Befragten meinten, dass andere dadurch aufhören würden zu arbeiten.

Da das bedingungslose Grundeinkommen, wie der Name schon sagt, an keine Gegenleistung gebunden ist, sind die Bedenken, dass es sehr viele «Faulenzer» geben könnte, trotzdem nicht unbegründet. Auch mir würde eine Knüpfung an 1 bis 2 Tage ge-

te wie die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit oder grosse in Form des bedingungslosen Grundeinkommens einschlagen, steht uns offen. Wie lange wir uns noch Zeit lassen können, bis wir gezwungen sind, einen grundlegenden Systemwechsel zu vollziehen, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Ich bin mir sicher: Je früher wir damit beginnen, desto geringer werden die Folgen und bleibenden Schäden für Mensch, Natur und Umwelt ausfallen. ■

\*Götz Wolfgang Werner (\* 5. Februar 1944 in Heidelberg) ist Gründer und Aufsichtsratsmitglied des Unternehmens dm-drogerie Markt, dessen Geschäftsführer er 35 Jahre lang war.



Bedingungsloses Grundeinkommen: Mehr Kleingeld für alle?

gungslosen Grundeinkommen sagen, ist das Rentenalter in Zukunft flexibel wählbar und der Ausstieg aus dem Erwerbsleben kann den individuellen Bedürfnissen angepasst werden (zum Beispiel ab dem sechzigsten Lebensjahr jährlich 20 Prozent geringere Anstellung).

### Doch Bedingungen

Im deutschen Wirtschaftsmagazin «Brand Eins» wurde eine Untersuchung zitiert, welche der Frage nachging, ob die Menschen mit einem Grundeinkommen noch arbeiten würden: 90 Prozent der Menschen wür-

meinnützige Arbeit besser gefallen, falls keine Betätigung vorweisbar wäre. Der Mensch trägt von Geburt grundsätzlich einen natürlichen Tattendrang in sich, doch haben sehr viele diese dafür notwendige Eigeninitiative verlernt. Daher denke ich, dass einige Menschen noch nicht bereit sind für das bedingungslose Grundeinkommen und wir diese zu Beginn sicherlich tragen müssten.

### Fazit

Dass wir unser wirtschaftliches Handeln ändern müssen, steht ausser Frage. Ob wir dies über kleine Schritt-

### Weiterführende Quellen:

Internet:

[www.bedingungslos.ch](http://www.bedingungslos.ch)

[www.grundeinkommen.ch](http://www.grundeinkommen.ch)

Bücher:

«Teil der Lösung»

von Ronald Blaschke, Werner Ratz,

«Wie viel ist genug?»

von Robert und Edward Skidelsky,

«Die Befreiung der Schweiz»

von Christian Müller und Daniel Straub

# Drecksge­schäfte

Jonas Feldmann, Co-Präsident Junge Alternative Zug | Bild MultiWatch

«Drecksge­schäfte – Milliarden mit Rohstoffen» sollte das Buch, diesen Frühling von der Organisation «MultiWatch» herausgegeben, ursprünglich heissen. Auf grossen juristischen Druck seitens des Zuger Rohstoffmultis Glencore Xstrata hin sind die Drecksge­schäfte dann zwar aus dem Buchtitel verschwunden – nicht aber aus dem Portfolio des mächtigen und rücksichtslosen Konzerns.

«Ein Regisseur hätte den Wendepunkt des Dramas, wo sich Klimax und Katastrophe treffen, nicht besser gestalten können. Am 29. Januar 1992 bahnen sich zwei dunkel gewandete Herren den Weg ins Zuger Dallas-Gebäude, den Hauptsitz der mächtigen Rohstoffhandelsfirma Marc Rich+Co.» Wer das Buch «Milliarden mit Rohstoffen» aufschlägt und diese ersten Sätze liest, wähnt sich zunächst in einem spannenden Kriminalroman. Wer jedoch weiterliest, dem wird bald klar: Die Schauplätze und die Personen in dieser Erzählung sind nicht erfunden, sondern real – und der uns bestens bekannte Autor dieses Vorworts, der ehemalige Zuger Nationalrat Jo Lang, ist bestimmt kein fantasierender Belletristiker, sondern ein faktenorientierter Sachbuchautor. Und zwar einer, der sich nicht scheut, auch die unangenehmen Wahrheiten aus den Zuger Archiven zu kramen.

## Schwarzbuch des Rohstoffhandels

Und so bringen Lang und die ungefähr fünfzehn anderen Autorinnen und Autoren in diesem Schwarzbuch des Rohstoffhandels eine Menge Dinge auf den Tisch, die mich als jungen Zuger nicht gerade mit Stolz und Lokalpatriotismus erfüllen. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass die tolle Infrastruktur und die guten Schulen in unserem Kanton mindestens zum Teil mit Gewinnen aus «Drecksge­schäften» bezahlt wurden, hinterlässt bei mir das flauere Gefühl, für die geschilderte Ausbeutung an Menschen und Natur auch zu einem kleinen Teil mitschuldig zu sein.

## Übersichtliches Nachschlagewerk

Ihnen, als regelmässige Leserinnen



MultiWatch (Hrsg.):

### Milliarden mit Rohstoffen

Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata

ISBN: 978-3-85990-222-0

[www.milliardenmitrohstoffen.ch](http://www.milliardenmitrohstoffen.ch)

und Leser des BULLETINS, brauche ich die einzelnen Vergehen des Rohstoffgiganten ja nicht mehr einzeln in Erinnerung zu rufen. Schliesslich haben gerade unsere Autoren stets aus erster Hand berichtet. Wenn Sie jedoch bei sich zu Hause kein privates Archiv mit sämtlichen bisher erschienenen Ausgaben des BULLETINS führen, kann ich Ihnen das MultiWatch-Buch trotz einer gewissen Redundanz guten Gewissens empfehlen. Auch wenn sich langjährigen, latenten Kritikern von Marc Rich, Glencore und Xstrata darin kaum mehr neue Welten erschliessen

werden, so bietet es doch eine saubere, übersichtliche Chronik der verschiedenen Ereignisse. Und da das Werk dabei den Fokus auf die entstandenen und entstehenden sozialen Konflikte legt und auch, wie man sich das von MultiWatch gewohnt ist, Direktbetroffene zu Wort kommen lässt, wirkt es trotzdem nicht wie ein unnahbares Nachschlagewerk, das man im Bücherregal verstauben lässt, um vielleicht ein Mal im Jahr etwas darin nachzulesen.

## Weitergeben!

Im Gegenteil: Dieses Buch wollen Sie nicht in Ihrem Bücherregal stehen lassen! Jeder Zugerin, jedem Zuger möchten Sie es, sobald Sie es selbst gelesen haben, gleichzeitig weitergeben. Denn was die Autorinnen und Autoren dieses Buches zu sagen haben, sollte eigentlich mehr als nur eine kleine, engagierte Minderheit in Zug interessieren. Das traurige Wissen über die Machenschaften der in Baar beheimateten Glencore sollte Bestandteil des Zuger Lehrplans sein und öffentlich zugänglich für alle – dass nicht nur wir Grünen, sondern endlich auch die ewigen Verteidiger des Konzerns, ihre Erkenntnisresistenz abstreifen und die Menschenrechtsverletzungen und die Umweltverschmutzung, welche die Firma Glencore zu verantworten hat, als Tatsachen anerkennen. Dann können wir endlich vernünftige Lösungen finden, wie wir die betroffenen Menschen in den Abbaugebieten unterstützen und das Image des «Rohstoffkantons» Zug retten können. Denn auch dieses leidet, mehr als uns lieb sein kann. ■





24

Der Zuger Wahlherbst treibt **Blüten aller Art**.

Da ist der Zuger Stapi-Anwärter Wicki, der sein **Komitee «strecken»** muss, fast ein Viertel sind nicht StadtzugerInnen. Kein Wunder, wenn die ganze Familie samt erweiterter Verwandtschaft unterschreiben muss.

Dass er damit viele ungültige Stimmen provoziert, hat er mit dem «doppelten» Tännler gemeinsam, der in seinem persönlich adressierten Brief darum bat, ihn zweimal auf die Liste zu schreiben.

Und die «Neue Zuger Zeitung» hats dann geschafft, sogar aus dieser Peinlichkeit einen Werbespot für Tännler zu machen.

Aber auf der nach oben offenen Richterskala der Peinlichkeiten ist auch Dolfi Müllers Plakat «Dolfi ist Heimat» ein Anwärter auf einen Spitzenplatz. Und seine **Sonnenuntergangs**veranstaltung ist hoffentlich nicht programmatisch gemeint.

Eine Blüte der besonderen Art treibt der harte Abgrenzungskurs der SP gegenüber der rotgrünvioletten Konkurrenz: der Alterungsprozess der Zuger Sozialdemokraten wird neuerdings mit der Organisation SP60+ aufgefangen und diese hat ihrer Regierungsratskandidatin Bürgi-Dellsperger ein Podium zur **Rentenreform 2020** organisiert. Sonst

noch auf dem Podium: FDP-Regierungsrat Matthias Michel.

An der diesjährigen GV des Gewerkschaftsbundes, welche ebendieses Thema vor dem Wahlherbst fundiert abgehandelt hat, fehlte SP60+ samt ihrer Regierungsratskandidatin. Vielleicht auch, weil dort diskutiert wurde, **wie** die Erhöhung des Rentenalters für Frauen **abgewendet** werden kann.

Die Ausgangslage für die Wahlen eruieren die Medien gerne mit Strassenumfragen. Sehr häufig genannt: dass Politiker das tun sollen, was sie sagen. Passend dazu zwei Zitate: **CVP**-Stadtratskandidat Urs Raschle: «Wählen Sie Ihren Gemeinderat oder Stadtrat direkt und ohne Partei.»

Wahl-Newsletter Nr. 9 der CVP: «Nur CVP-Kandidierende auf allen Listen.»

Die CVP will also unbedingt den Stadtrat zurück, den sie selbstverschuldet vor vier Jahren verloren hat – sogar mit einem Heissluftballon kurven sie über der Stadt Zug – «Mit Weitsicht» steht drauf. «Viel heisse Luft» würde auch nicht schlecht passen.

Viel heisse Luft auch in den Printmedien – noch fast am interessantesten sind die Leserbriefe. Der Preis für die beste Losung geht an Jürg Röthlisberger aus Cham: «**Je rechtsausen, desto Krawatte!**»

Denn tatsächlich: Bei den Kantonsratswahlen sind die Alternativen – die Grünen die Einzigen, welche gleich viel **Frauen** wie Männer auf ihren Listen haben. Bei der SP sind es 1/3 Frauen, bei CVP und FDP noch 1/4, bei der GLP 1/5, und bei der SVP – ein Neuntel!

Das hindert das «**Fraue-Netz**» – eine Organisation der Frauenzentrale – nicht daran, ausgerechnet einem Regierungsrat der 1/4-Frauen-FDP zu allerbesten Wahlkampagnezeit eine Veranstaltung zu organisieren. FDP und Urs Hürliemann freut's.

Unzufrieden sind hingegen die nachrückenden hard-core-neoliberalen jungen Freisinnigen – und zwar mit der (zu 6/7 bürgerlichen) Zuger Regierung. Zitat aus dem Leserbrief eines solchen FDP-Kantonsratskandidaten: «Der Zuger Regierungsrat **ist ungenügend aufgestellt, um die zentralsten Herausforderungen zu parieren.**»

Sie haben richtig geraten: Diese Herausforderungen sind für FDP-Hardliner nicht fehlender günstiger Wohnraum, Verbetonierung, zu viel Verkehr in den Städten, zu viel Englisch im Ausgang, Nachholbedarf beim Schulraum etc. Es geht um die Bewahrung der **Steuerprivilegien** für Firmen und Reiche, ohne mit einem exorbitant hohen Nationalen Finanzausgleich NFA den gerechten Preis dafür zu bezahlen.

Ein **Hardliner** ist auch der SVP-Stadtratskandidat Jürg Messmer. In einem Vorstoss verlangt er von der Stadt einen härteren Verhandlungskurs beim Zuger Finanzausgleich. Gemeint damit ist sein BS14-Stadtrats-Dreamteam-Kollege Karl Kobelt von der FDP.

Für Belustigung sorgt Messmers Finanzvorstoss nicht nur bei der Linken – ausgerechnet Messmer, der als Präsident die PUK-Romer-Kommission weder geführt noch die Finanzen der Kommission im Griff hatte, geschweige denn in der Lage war, einen Kommissionsbericht zu schreiben. Aber an den BS14-Podien als grosser Sparer auftreten, das kann er.

Eine neue Art von Wahlpropaganda für einzelne Kandidatinnen ist das Resultat des Zusammenspiels von Staatskanzlei unter **Land(ver)schreiber** Tobias Moser und der «Neuen ZZ». Bei jedem falsch gedruckten Namen gibt's gratis einen grossen Zeitungsartikel mit Föteli.

Sonst kostet die Einzelwerbung für Kantonsratskandidaten ja richtig Geld. Die Flut von persönlichen Inseraten und Flyern in jeden Haushalt fällt auf. Bei Bisherigen weiss man so doch gleich, wer um seinen Sitz fürchtet. Rupan Sivaganesan ist so ein Spezialist. Bis Redaktionsschluss hat er mehr **Kopfinserate** geschaltet als Stadtratskandidat Bertschi.



## Büchermail

Eigentlich wissen wir es ja schon lange: Das Internet ist böse. Nun, natürlich nicht das Internet an sich. Das Internet ist toll, weil es die Menschen frei und unabhängig macht. Nur die Firmen, welche die Suchplattformen und die sozialen Medien – und damit unsere Daten, Gedanken, Träume und Wünsche – beherrschen, sind böse. Immerhin, können wir sagen, ist es nicht eine einzelne Firma, die unser Leben bestimmt, sondern vielleicht drei, vier verschiedene. Auch wenn wir natürlich nicht genau wissen, wie diese untereinander vernetzt und organisiert sind. Der Mega-Konzern **THE CIRCLE** im gleichnamigen Buch von Dave Eggers («Der Circle» in der deutschen Übersetzung) jedenfalls ist der – gottseidank fiktive – Schmelztiegel von Google, Facebook, Amazon und Apple: Ein gewaltiges, sektenartiges Unternehmen, welches das gesamte Internet und damit die Menschheit kontrolliert und sich dabei gerne als wohltätige und gemeinnützige Organisation präsentiert. Geführt wird der Konzern natürlich, mehr Klischee wäre kaum möglich, von einer «neuen Elite» aus unscheinbaren Nerds mit Hornbrillen und Kapuzenpullovern. Dass die junge, hübsche und etwas naive Mae, welche frisch beim CIRCLE angestellt wird, von ihrem Arbeitgeber nicht lange so begeistert sein wird wie an ihrem ersten Arbeitstag, ist ebenso vor-

hersehbar, wie die Message, die der Autor seinen Leserinnen und Lesern zu übermitteln versucht. Ein Weckruf à la «1984» quasi, nur unspektakulär – ein an hohe Standards gewöhnter Literaturkritiker würde sogar mornieren: schlecht geschrieben. Dafür umso realistischer, weil angepasst an die Gegenwart. Und weil das, was früher pessimistische Zukunftsängste waren, heute zum Teil eingetroffen ist – und zu einem anderen Teil kurz bevorsteht. Ob Eggers Warnung ankommt? Immerhin spielte auch ich, kaum hatte ich das Buch aufgeschlagen und zu lesen begonnen, bald mit dem Gedanken, mich von allen pseudo-sozialen Netzwerken abzumelden und sperrte mein multi-potentes Smartphone demonstrativ in eine Schublade. Fünf Minuten später hatte ich es bereits wieder in der Hand. Ist ja nur ein Buch.



Dave Eggers:  
**The Circle**  
Random House US  
497 Seiten

Dass das Internet aber nicht nur böse ist und dass es tatsächlich einen Beitrag dafür leisten kann, die unterschiedlichsten Menschen aus den verschiedensten Ländern unseres Planeten näher zusammenzubringen,

beweist Brian Thacker mit seinem Reisetagebuch **COUCH SURFING**. Über [www.couchsurfing.org](http://www.couchsurfing.org), ohne Zweifel eine der besten Seiten im World Wide Web, stellen Menschen aus allen Regionen der Welt gratis ihre Sofas zum Übernachten zur Verfügung – Fremden, notabene. Think global – sleep global. Und so hüpfert der Australier von Sofa zu Sofa rund um die Welt – und lernt dabei nicht nur unbekannte Länder und Landschaften, sondern vor allem auch deren Bevölkerung, seine Gastgeberinnen und Gastgeber, aus einer ganz neuen Perspektive kennen. Ein Unterhaltendes, lustiges und optimistisch stimmendes Reisetagebuch, das auch Zuhausegebliebene an die interessantesten Orte dieser Welt und in die Wohnzimmer der Menschen transportiert, die sie bevölkern. Wer weiss, vielleicht eröffnen auch Sie bald ein Mitgliederkonto und holen Reisende aus der ganzen Welt zu sich nach Hause. Oder Sie surfen bald von Sofa zu Sofa um die Welt? Bereiten Sie auf jeden Fall Ihre Leber gut vor, würde Thacker sagen. Gesoffen wird offenbar all round the world.



Brian Thacker:  
**Couch Surfing**  
Eichborn Verlag  
320 Seiten

Fortsetzung des Artikels  
«**Noch kein Asyl für Snowden**» S. 16 bis 18

## Recht und Unrecht

Snowden bewegt die Leute und sorgt für Diskussionsstoff. Wem der Rechtsstaat ein Anliegen ist, der verlangt natürlich auch vom einzelnen Staatsbürger rechtskonformes Verhalten. Snowden hat rechtlich gesehen geheime Informationen preisgegeben und seinen Arbeitsvertrag verletzt. Andererseits hat er für das rechtsstaatliche Funktionieren hochwichtige Informationen über schwerwiegendste Rechtsverletzungen durch den Staat selber an die Öffentlichkeit gebracht, was inzwischen umfangreich dokumentiert ist. Genau für solche Situationen gäbe es in den USA eigentlich ein Whistleblower-Gesetz.

Aber aus den Erfahrungen von drei früheren NSA-Whistleblowern wusste Snowden, dass er keine Chance haben würde, wenn er diesen Weg gegangen wäre. Er hat dem Kampf für eine Rückkehr zum Rechtsstaat nicht nur in den USA einen grossen Dienst erwiesen! Dahinter steckt auch die Grundsatzzfrage der Geheimdienste: Wie kann man etwas kontrollieren, dass per definitionem geheim ist? Es ist ein systemisches Problem, dass Geheimdienste immer versuchen werden, sich der rechtsstaatlichen Kontrolle zu entziehen. Da gibt's nur eins: Abschaffen! Das Geld, welches die Schweiz in ihre Geheimdienste investiert (wir wissen nicht mal, wie viel genau das ist), wäre besser angelegt im Aufbau einer sicheren verschlüsselten Kommunikationsstruktur als Service für die BürgerInnen.



26

### Mon père, la révolution et moi

Dienstag, 21. Oktober,  
20 Uhr  
im Kino Gotthard, Zug

Ufuk heisst auf Türkisch Horizont. An diesem sah Ufuk Emiroglu Vater Nuri, einen furchtlosen Jungspund und überzeugten Kommunisten, Ende der 1970er-Jahre die Revolution in der Türkei aufsteigen. Doch die Revolution fand nicht statt – 1980, im Geburtsjahr der Regisseurin, putschte sich das Militär an die Macht. Nuri Emiroglu wurde inhaftiert und gefoltert. Wieder in Freiheit, flüchtete er mit Frau und Tochter in die Schweiz.



Der Vater, ein Held. Für Klein Ufuk war das keine Frage. Doch das Bild bekam Risse. Fern das Vaterland, weit weg das Ideal der Revolution – solchermaßen enturzelt geriet Nuri Emiroglu auf Abwege, die ihn ins Gefängnis, in Alkoholismus und ins Glücksspiel führten. Die Familie litt und zerbrach schliesslich daran. Gross war der Schmerz für Ufuk. Um zu verstehen, was sich hinter ihrer Geschichte verbirgt, begab sie sich mit der Kamera auf Spurensuche. Das Resultat ist ein inspirierter,

mosaikartiger Bilderteppich, der sich frei zwischen Dokumentar-, Spiel- und Animationsfilm bewegt: Die Geschichte eines Kindes der Revolution, das mit seinem Vater auch dann nicht bricht, wenn der Held allzu menschliche Schwäche zeigt. Regisseurin **Ufuk Emiroglu** ist anwesend.



### Tokyo monogatari (Reise nach Tokyo)

Montag, 10. November,  
20 Uhr  
im Kino Gotthard, Zug

Im Rahmen der Trigon-Filmreihe gibt es ein doppeltes Wiedersehen mit einem Filmklassiker, der von vielen Kritikern als bester Film überhaupt gefeiert wird: Zuerst zeigt FLIZ Yasujir Ozus Meisterwerk «Tokyo monogatari» (Reise nach Tokyo) aus dem Jahr 1953, eine Woche darauf ist im Kino Gotthard Y ji Yamadas Remake unter dem Titel «Tokyo Kazoku» (Tokyo Family) von 2013 zu sehen. «Tokyo monogatari» ist eine behutsame, in meditativem Bildrhythmus entfaltete Studie über den Zerfall einer Familie, über die Begegnung von Tradition und Moderne, über den alltäglichen Mut zum Neubeginn. Jenseits spek-

takulärer Effekte liefert Ozu eine Beschreibung der Normalität, deren Widersprüche weder dramatisiert noch verschwiegen, sondern der aufmerksamen Beobachtung und der kritischen Anteilnahme erschlossen werden. Der Film steht für Ozus einzigartigen visuellen Stil, der gekennzeichnet ist durch die niedrige Kameraperspektive der Untersicht, die unbewegliche Kamera (es gibt im ganzen Film nur zwei Kamerafahrten) und den frontalen Schuss und Gegenschuss bei Dialogszenen. Ein Muss für FilmliebhaberInnen!  
Einführung durch Filmwissenschaftler **Oswald Iten**.



Freundliche Grüsse  
Martin Bucher  
FLIZ FilmliebhaberInnen  
Zug



### Mittwoch, 1. Oktober, Monatsbar der Alternativen – die Grünen, Zug

Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug  
Mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Steinhausen

### Sonntag, 5. Oktober, Wahlfeier der Alternativen – die Grünen Kanton und Stadt

Ab 16.00 Uhr, Pulverturm, Zugerbergstrasse, Zug

### Samstag, 18. Oktober, Delegiertenversammlung Grüne

In Mendrisio TI

### Samstag, 1. November, Grüne gegen Ecopop Nationale Kundgebung

([www.gruene.ch/gruene/de/kampagnen/ecopop.html](http://www.gruene.ch/gruene/de/kampagnen/ecopop.html))

### Mittwoch, 5. November, Monatsbar der Alternativen – die Grünen, Zug

ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug  
Mit Köchinnen und Köchen des KriFo Alternative Cham, 20 Uhr, Themenabend «Alter». Von heute auf morgen

### Sonntag, 30. November, Nationale Abstimmungen

- Volksinitiative  
«Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»
- Volksinitiative  
«Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»
- Volksinitiative  
«Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»





**Mittwoch, 3. Dezember,  
Monatsbar der Alternativen –  
die Grünen, Zug**

ab 18.30 Uhr, Siehbach-  
saal, Chamerstrasse 33, Zug  
Mit Köchinnen und Kö-  
chen des Vorstands

**Samstag, 6. Dezember,**  
MV Junge Grüne Schweiz  
In Zug

**Gültig wählen im  
Majorz-Wahlverfahren:**

- Ich kann den Wahlzettel nur handschriftlich ausfüllen.
- Ich kann nur Namen von Kandidatinnen oder Kandidaten auf dem «Beiblatt Wahlvorschläge» aufführen.
- Ich kann den Wahlzettel ganz oder teilweise mit Namen von Kandidatinnen oder Kandidaten ausfüllen.
- Ich kann den Namen der gleichen Person nur einmal aufführen (kumulieren nicht erlaubt).
- Ich kann auf dem Wahlzettel nur so viele Namen von Kandidatinnen oder Kandidaten aufführen, wie zu wählen sind.

Ich füge aus zähltechnischen Gründen zusätzlich zu den Namen der Kandidatinnen oder Kandidaten auch ihre jeweilige Nummer bei.

**Die Alternativen im  
Kanton Zug**

**Alternative – die Grünen  
Zug**

Postfach 4806  
6304 Zug  
041 711 99 09  
www.alternative-zug.ch  
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro  
Alternative – die Grünen  
Zug:

**Dienstag 9.15–13.15 Uhr**  
**Donnerstag 9.15–13.15 Uhr**

**Alternative – die Grünen  
Baar**

Anna Lustenberger-Seitz  
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen  
Menzingen**

Barbara Beck-Iselin  
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen  
Unterägeri**

Cornelia Mayinger  
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen  
Stadt Zug**

Postfach 4805, 6304 Zug  
info@alternative-stadt.ch

**Forum Oberägeri**

**Philipp Röllin**  
forum-oberaegeri@mymail.ch

**Grünes Forum Hünenberg**  
**Rita Hofer**

rita\_hofer@bluewin.ch

**Grüne Risch-Rotkreuz**

(ehemals Gleis 3 Alternative  
Risch)  
Irene Widmer  
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

**Grüne Steinhausen**

Postfach 123  
6312 Steinhausen  
steinhausen@alternative-zug.ch

**Junge Alternative Zug**

Postfach 4806, 6304 Zug  
junge.alternative@gmx.ch

**Krifo Alternative Cham**

Sha Ackermann und  
Roman Ambühl  
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne**

**Fraktion im Kantonsrat**  
www.alternativefraktion.ch

**Grüne Partei Schweiz**

www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete  
Artikel unterliegen der  
alleinigen Verantwortung  
der AutorInnen.

**BULLETIN**

Nr. 3, September 2014  
erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:**

Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**

BULLETIN Alternative –  
die Grünen Kanton Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug,  
bulletin@alternative-zug.ch

**Redaktion:**

Natalie Chiodi  
Jonas Feldmann  
Hansjörg Glauser  
Lorenzo Martinoni

**Lektorin:**

Kathrin Graffe

**Gestaltungskonzept:**

S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**

Satz, Bild und Druck:  
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print  
(100% Recycling-Papier)

**Titelbild:**

Paula Gisler

**Nutzaufgabe:**

800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–  
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–  
Unterstützungssabo: Fr. 50.–  
Mitgliederbeitrag Verein  
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**

Verein DAS BULLETIN,  
6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss**

**Nr. 4/2014:**

Freitag, 28. November 2014

**Erscheinungsdatum:**

Donnerstag, 19. Dezember 2014

«DAS BULLETIN»

im Internet unter  
[www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

## P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug

